

Standpunkte

4./5./6.2022



Paketpost-Areal: Kippen die Hochhäuser?

Cover:

links oben: Hochhaus an der Kreuzung Westendstraße/Zoschkestraße © Caroline Klotz

links unten: Die Stadtsilhouette vor den Alpen © Pexels, Ertabt

rechts oben: Luftbild Briefzentrum/Paketposthalle © Wikimedia, Michael Medvinskiy

rechts unten: Innenansicht der Bögen Paketposthalle © LHM

Standpunkte

Online-Magazin 4./5./6.2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

zum zweiten Mal widmet sich eine Ausgabe der STANDPUNKTE dem Schwerpunktthema „Hochhäuser in München“. Wie wohl kein anderes bewegt dies die Gemüter in der Stadt, seitdem ein Investor das Areal um die Paketposthalle nördlich der Friedenheimer Brücke erworben und kundgetan hat, seine dichte Bebauung mit zwei Hochhäusern krönen zu wollen – und damit auch der Stadt die Krone aufzusetzen. Für die einen stellen die Hochhäuser den Anschluss Münchens her an „die Moderne“, für die anderen reflektieren die Hochhäuser die Symbolik einer vordemokratischen Macht- und Herrschaftsattitüde, mit der gleichzeitig belegt wird, dass maximale Renditeerwartungen großer Kapitalsammelstellen nun endgültig zum Richtmaß der Münchner Stadtentwicklung geworden sind.

Eigentlich, so dachte man, sei die Höhenentwicklung in München mit dem Bürgerentscheid von 2004 geklärt worden. Doch unter dem Diktat des Faktischen wurde das Paket wieder aufgeschnürt. Beginnt nun alles wieder von vorn? Inzwischen ließ die Stadt eine erneute (dritte) Hochhausstudie erarbeiten (liegt als Entwurf vor), die ausloten soll, wo die Errichtung von Hochhäusern überhaupt denkbar sei. Die Unruhe in der Bevölkerung hinsichtlich der Wirkungen und Folgen von Hochhäusern sollte durch ein Bürger/innen-Gutachten gedämpft werden; dieses stellt allerdings erfrischenderweise mehr Fragen an Hochhäuser, als ihren Befürwortern lieb sein kann. Aktuell sammelt der Verein HochhausSTOP Unterschriften für ein Bürgerbegehren, das zum Bürgerentscheid gegen Hochhäuser des vorgesehenen Kalibers in München aufrufen soll.

Die Themen-Beiträge dieser Ausgabe plädieren dafür, zunächst die Debatte darüber zu führen, wohin die Stadt angesichts ihrer Historie, Dimensionen und Dynamik überhaupt entwickelt werden soll und welchen Nutzen und welche Rolle Hochhäuser dabei spielen könnten, bevor die Entscheidung für (oder gegen) Hochhäuser getroffen wird. – Denn in der Tat ist an den Plänen zum Paketpost-Areal auffällig, dass offensichtlich keine konkreten Vorstellungen darüber bestehen, welche notwendigen Nutzungen die Hochhäuser erhalten und wofür sie eigentlich stehen sollen. „Form follows function“ heißt das Gestaltungsprinzip; für die infrage stehenden Hochhäuser gilt offenbar der umgekehrte Fall. Angesichts der Herausforderungen, die die Vergeudung natürlicher Ressourcen und die Klimakrise mit ihren vielen Kipp-Punkten an den Umgang mit der Umwelt, an ökologisches Bauen und an eine nachhaltige und zivilisierte Lebensführung stellen, wirken die Pläne für Hochhäuser in München als letzte Lebenszeichen einer überwunden geglaubten Wachstumsideologie, als vergilbte Etiketten der „Moderne von gestern und vorgestern“. Wenn München an seinen Klimazielen festhalten will, sind Hochhäuser dieser Art Garanten dafür, dass sie nicht erreicht und eingehalten werden.

Detlev Sträter, Redaktion STANDPUNKTE

Paketpost-Areal: Kippen die Hochhäuser?

KLAUS FRIEDRICH Was wäre, wenn ... ?	4
MATTHIAS CASTORPH Dominanten der Stadt – saxa loquuntur?	6
ANDRÉ PERRET Umriss einer stadträumlichen Konzeption für München	8
RAINER HOFMANN, BDA KREISVERBAND Offener Brief zur Debatte um das Paketpost-Areal	11
PROJEKTGRUPPE PAKETPOST-AREAL „Der Masterplan muss wesentlich überarbeitet werden“	13
DIERK BRANDT Was sagt uns der „Masterplan“?	16
Interview mit CHRISTIAN AMLONG, GWG Schaffen Hochhäuser bezahlbaren Wohnraum?	19
SUSANNE SOCHER Wenn Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen treffen	21
WOLFGANG CZISCH Die Münchner Bürger/innen sind gefragt	23
DIETER KLEIN „München von oben herab“	24
<hr/>	
ERIC WETZKA, KARIN NOBS Ernst Dill Gedächtnisweg – Erfahrungen mit der Kommunalpolitik	26
MARTIN FOCHLER Maiausflug 2022 des Münchner Forums	28
Intern: neuer Programmausschuss-Vorstand stellt sich vor	30
Nachruf auf Friedrich Mager	32
Nachruf auf Prof. Dr. Karl Ganser	33

Veranstaltungshinweise
Arbeitskreise im Mai/Juni
Forum aktuell auf LORA 92,4
Impressum

Was wäre, wenn ... ?

Die Debatte um Hochhäuser vom Kopf auf die Füße stellen

KLAUS FRIEDRICH

Eine weitverbreitete Maxime, die gemeinhin zur Charakterisierung der Tugenden Gewissenhaftigkeit, Strebsamkeit und Disziplin benutzt wird, lautet: „Erst die Arbeit, dann das Spiel“. Übersetzt in den Alltag heißt das, erst die drängenden Probleme anzugehen, bevor die Aufgaben drankommen, die entbehrlich erscheinen. Man fängt beim Bau eines Hauses verständlicherweise auch nicht damit an, im Garten den Pool anzulegen, um bei der Realisierung des Wohnbereichs festzustellen, dass das Budget nicht für die Dämmung im Dach reicht. Die Badewanne im Freien kommt – wenn überhaupt – zum Schluss.

Die Pandemie wurde mit dem russischen Überfall auf die Ukraine von der Nummer eins der Liste täglicher Hiobsbotschaften verdrängt. Niemand weiß derzeit genau, ob es zu einer dauerhaften Rezession kommt oder ob sie günstigenfalls abgewendet werden kann. Genauso unklar ist die Tragweite der Auswirkungen, die die Flüchtlingsbewegung in Europa haben wird. Unstrittig ist jedoch, dass es bereits vor Beginn des Ukrainekriegs einen deutlich größeren Bedarf an Wohnraum in München gab, als neue Wohnungen geschaffen werden konnten. Der Zuzug weiterer Menschen – sei ein Teil von ihnen auch nur vorübergehend hier – wird diese Situation weiter verschärfen. Mit dem Mangel an vor allem bezahl-

baren Wohnungen ist zu erwarten, dass sich auch Fragen der gerechten Verteilung verstärkt bemerkbar machen werden. Wer kommt vor wem zum Zug, und warum? Hinter diesen Fragen lauert einiger sozialer Sprengstoff, der die Stärke unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts härter testen wird, als vielen lieb ist.

Ein in der aktuellen Debatte um die Bebauung des PaketPost-Areals gern ins Feld geführtes Argument ist der Bau von 1.100 neuen Wohnungen. Warum, mag man sich fragen, diskutiert die Öffentlichkeit dann den Bau von zwei Hochhäusern, der teuersten aller möglichen Wohnformen? Wer glaubt ernsthaft, dass Luxusapartments einen sinnvollen Beitrag leisten, den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten?



Höhensimulation der geplanten 155m hohen Hochhäuser an der Paketposthalle mittels Ballons am 30.9.2021.

QUELLE © DETLEV STRÄTER

Was wäre, wenn man stattdessen mit dem begänne, was dringend gebraucht wird? Die Blocks, die in ihrem Maßstab an die bereits bestehende bauliche Struktur der Stadt anknüpfen, werden die Orte sein, in denen Wohnen, Arbeiten und Leben stattfindet. Sie sorgfältigst durchzuplanen und zu gestalten, entscheidet darüber, wie gut sie von ihren Bewohner*innen angenommen werden, ob ein lebendiges Quartier entsteht oder ob es Orte der räumlichen Verwahrung werden. Hierzu braucht es eine überzeugende Stadtplanung und sehr gute Architekt*innen, aber auch: ein finanzielles Mindestbudget. Wenn oftmals mangelnde Qualität, räumliche Ideenlosigkeit und eine unterdurchschnittliche Bausubstanz zurecht kritisiert werden, wird gerne übersehen, dass dies konkrete Ursachen hat. Häufig zehrt ein überteuertes Grundstück einen Großteil des Budgets eines Bauvorhabens auf. Um bei niedrigen Baukosten dennoch einen Gewinn erwirtschaften zu können, kann der Investor nur noch an der Qualitätsschraube der Bausubstanz oder an den Kosten des Bauprozesses sparen. Die Folgen sind ausbleibende Wettbewerbe und eine minimal notwendige Sorgfalt im Detail. Gelingt es also nicht, die Spirale der Bodenspekulation zu durchbrechen, wird es schwerfallen, die allzu oft beschworene Inspiration beim Bauen zur Entfaltung zu verhelfen.

welches Potential sich mit einer Bebauung entfalten kann. Er erkennt, dass das Industriedenkmal, instandgesetzt, hohe kulturelle Attraktivität besitzt, und beauftragt ein anerkanntes und erfahrenes Büro mit der Beplanung des Gebiets. Das Ziel ist herauszufinden, in welchem baulich dichten Maße Nutzungen auf dem Areal gestapelt werden können, um eine Forderung nach Erhöhung des Baurechts aufstellen zu können. Im Gegenzug wird dann ein Sanierungsversprechen abgegeben verbunden mit der Erklärung, die SOBON-Auflagen überzuerfüllen. Der Vorgang ist insoweit nicht verwerflich. Kritisch an ihm ist, dass seine Fallstricke und die Nachteile nicht gesehen werden, denn sie sind mehr als erheblich.

Nachdem das Procedere ohne städtebaulichen Wettbewerb verlaufen ist, fehlen alternative Modelle der Dichte und der räumlichen Struktur zur Gänze. Das Areal hat bereits mit der geforderten Bebauungsdichte eine enorme Wertsteigerung erfahren, die wie eine Hypothek auf allem liegt, mit dem nicht überdimensionale Verkaufserlöse zu erzielen ist: zum Beispiel Wohnraum für mittlere und untere Einkommensschichten. Denkbar sind mehrere Szenarien. Erhält man das Baurecht zur Errichtung der Türme und würde sich im Anschluss dazu entscheiden, die Bebauung der Blöcke Dritten zu überlassen, hätten diese durch den vielfach höheren Bodenpreis mit

den vorab beschriebenen Problemen zu tun, nämlich ein qualitativvolles Viertel zu errichten. Setzt sich in einem zweiten Szenario nach dem Bau der Türme die Erkenntnis durch, dass das Denkmal nicht wie geplant saniert und genutzt werden kann, sein laufender Betrieb für die Stadt unzumutbar teuer ist oder die Sanierung alle Kostenannahmen sprengt, könnte das Versprechen, das zur Erteilung des Baurechts führte, platzen wie eine Seifenblase.

Man stelle sich daher vor, es wird anstelle dessen mit der Planung und Bebauung

des Quartiers mit Wohnblöcken begonnen ... das Quartier wächst. Die Sanierung des Denkmals, seine Nutzung und die Kosten des laufenden Betriebs werden belastbar untersucht. Und wenn diese Erkenntnisse vorliegen, wird überlegt: Braucht die Stadt die Türme?

Klaus Friedrich ist Architekt und Stadtplaner BDA und Vorsitzender des Münchner Forum e.V.



QUELLE © MICHAELA SCHIER

Das aktuelle Gelände an der Paketposthalle.

Um den Gedanken konkret zu illustrieren, stelle man sich vor: Einem Investor gelingt es, ein Areal zu einem niedrigen Preis zu kaufen. Günstig ist es entweder, weil es noch nicht als Bauland entwickelt ist, seine Flächen schadstoffbelastet oder Teilflächen unbebaubar sind – zum Beispiel, weil auf ihnen ein sanierungsbedürftiges (Industrie-)Denkmal steht, das nicht abgerissen werden kann. Für die Wertsteigerung und damit die Spekulation ist entscheidend,

Dominanten der Stadt – saxa loquuntur?

MATTHIAS CASTORPH

In der aktuellen Debatte über Form, Gestaltung und mögliche Veränderung des Münchner Stadtbildes durch hohe Hochhäuser lohnt beim Blick nach vorne, auch ein kurzer Blick zurück, und man könnte sich dabei auch überlegen, ob die Diskussion zuerst über die Inhalte und Nutzungen der neuen Hochhäuser geführt werden sollte, um dann, im zweiten Schritt, über die ästhetischen und formalen Aspekte zu sprechen.

Die Form der Stadt bestimmt sich grundsätzlich aus zwei Faktoren, wie Theodor Fischer 1927/1929 in seinen Vorlesungsskizzen über Städtebau notierte: Zum einen aus den Bedürfnissen (z.B. dem Wohnen und dem Verkehr) und den naturgegebenen Voraussetzungen und zum anderen aus dem Spannungsfeld der Tradition (der Gewohnheit und Eklektik) und der Neuerungslust, die den Formwillen zur Stadtgestaltung bestimmen. Damit bedingen einerseits Zweck und Natur und andererseits Überlieferung und Erfindung die Form der Stadt, wobei er die Form im Städtebau als das Verhältnis der Elemente beschreibt, als Verhältnis zwischen Raum und Körper (Konkavität vs. Konvexität), dessen Wandel eine Gesetzmäßigkeit (Polarisationsgesetz) hinterlegt ist, bei der die Entwicklung der Stadtform zwischen der

dieser polaren Betrachtung geht es ihm nicht um ein „entweder oder“, sondern ein „sowohl als auch“ in der Entwicklung einer gewachsenen und wachsenden Stadt. Mit dieser Sicht ist es grundsätzlich nachvollziehbar und möglich, dass einzelne Baukörper aus der Masse der Bauten hervortreten, die Stadt überragen und aus der Ferne sichtbar werden. Der konvexe Hochpunkt war schon immer eine Möglichkeit, durch sein selbstbewusstes Herausragen, als Dominante, das Stadtbild zu prägen, es durch Über- und Unterordnung der Baukörper zu ordnen und so im Bild der Stadt deren inhaltliches Gefüge nachvollziehbar zu gliedern und zu gestalten.

Waren es früher die Kirchtürme, die sich über München erhoben, als Ausdruck geistlicher Macht, und später das Rathaus und die zugehörigen Hoch-



Betonung des Raums (konkav) und der Betonung des Körpers (konvex) pendelt. Diese heute vorherrschende Betonung des einzelnen Gebäudes über den umgebenden Kontext spiegelt damit auch eine gesellschaftliche Veränderung vom Kollektiven zum Individuellen. Wenn damit für Theodor Fischer „saxa loquuntur“, die realisierte Architektur als unerbittlich klarer Spiegel, wenn das Gebaute auf den Zustand der Gesellschaft Rückschlüsse zulässt – so erkennt man, dass der bauliche Zusammenhang des Kollektiven in einer von Individualinteressen geprägten Gesellschaft schwindet und das individuell betonte, das „Konvexe“ im Stadtbild die dominierende Rolle übernommen hat. Über diese Einordnung Fischers lassen sich diese Entwicklungen und Eingriffe zuordnen, ohne sie sofort bewerten zu müssen. Auch bei

häuser der städtischen Verwaltung, als bürgerlicher Ausdruck der Überordnung über den Stadtkörper, so konnten dann im 20. Jahrhundert auch Hochpunkte der Infrastruktur (Schlote, Kamine und Kraftwerke und auch der Olympiaturm als Sendemast) zweckbestimmt die Stadtsilhouette prägen, gemeinsam mit den Bürohochhäusern der Banken und Versicherungen oder auch einzelnen Hotelbauten, die ebenfalls die Fernwirkung der in der flachen Schotterebene liegenden Stadt akzentuieren durften.

Diese Dominanten ragen in München aus der heterogenen Mischung des Gebauten, der mittleren Höhenentwicklung, die aus den Häusern des gewöhnlichen Wohnens und Arbeitens gebildet werden, heraus. Sie gliedern den Stadtkörper: Zum einen ragen sie heraus, weil es ihr legitimer Anspruch

ist zu dominieren, also sich schon von Ferne in ihrer Bedeutung im Stadtbild sichtbar zu machen, oder zum anderen bei der Infrastruktur aus der technischen Notwendigkeit. Die Legitimation des Herausragenden ergab sich also aus dem postulierten und gewährten Anspruch oder der technischen Notwendigkeit. Soweit erklärt sich die Fernwirkung für das gewachsene München.

In den letzten Jahren gab es dann weitere Veränderungen der Münchner Stadtsilhouette. Einzelne Bürohochhäuser kamen in städtischen Lagen dazu oder sind noch in Planung und Bau. Der das Stadtbild weit überragende Kamin des Heizkraftwerks Süd wurde rückgebaut, da er technisch nicht mehr notwendig war. Und der Olympiaturm bestimmt weiterhin, auch wenn er nicht mehr als Funkturm notwendig ist, als Hochpunkt das Erbe des Olympiaparks.

Öffentliche Bauten, Büros- und Verwaltungsbauten und Hotels bestimmen im Wesentlichen die Erscheinung. Lediglich das individuelle Wohnen dominierte bis jetzt nicht die Silhouette der Stadt – mit einer Ausnahme: das umgebaute Heizkraftwerk an der Müllerstraße. Hier wurde die herausragende Dominante des ehemals notwendigen Heizkraftwerks in städtebaulich-dominierendes Individualwohnen verwandelt.



QUELLE © WIKIMEDIA, INGO DIRON

An dieser Stelle zeigt sich gebaut, was es im Kontext bedeutet, wenn herausragendes Wohnen das vorhandene städtische Wohnen im Quartier dominiert.

Warum sollte Wohnen im Hochhaus das Wohnen seiner Umgebung dominieren? Was legitimiert diese Wohnform als herausragend? Es sollte nach dieser Erfahrung die offene Diskussion ansetzen, welche Nutzungen in Zukunft die Silhouette und den Ausdruck der Stadt bestimmen werden. Weil dies in der aktuellen Debatte bisher noch kaum berücksichtigt wurde, sollten wir jetzt fragen und diskutieren, ob exklusives Hochhauswohnen unser Stadtbild der Zukunft dominieren soll bzw. warum? Cui bono? Denn bei aller Aufregung, an welcher Stelle und in welcher Sichtachse man neue Hochhäuser sehen kann, ist doch die Frage relevant, was denn diese Hochhäuser

und Blickpunkte bedeuten und aussagen werden? Wer soll und darf im Gebauten über die Stadt herrschen? Was legitimiert die Dominanz des Herausragenden über das „Gewöhnliche“ des Stadtkörpers?

Somit könnte die Hochhausdebatte über eine ästhetisch-funktionale Debatte hinauswachsen, zu einer inhaltlichen, letztendlich auch politischen Debatte werden, in der die Frage einer ästhetischen Dominanz des Individuellen in der Stadtgesellschaft zuerst kollektiv verhandelt wird. Darf oder soll jeder und jedes herausragen? Warum sollte individuelles Wohnen das kollektive Stadtbild dominieren? Was wäre gewonnen, wenn wir stattdessen die Fernwirkung der Stadt, ihre Silhouette, als Ausdruck des Kollektiven mit den Bauten unserer öffentlichen Verwaltung, der Religionen, der Bauten der Gemeinschaft, der öffentlichen Nutzungen herausragend gestalten?

Diesen Fragen sollten wir uns stellen und dabei zuerst den Inhalt der Dominanten und erst später ihre Form diskutieren. Dann würde sich vielleicht auch die Kontroverse über die geplanten Zwillingstürme an der Paketposthalle strukturierter führen lassen. Denn vielleicht könnte es in dieser Debatte im Grundsatz nicht zuerst darum gehen, ob man überhaupt herausragend und wie hoch man herausragend bauen soll oder darf, sondern was, welcher Inhalt, welche Nutzungen und Aktivitäten die Stadtsilhouet-

te in Zukunft als weithin sichtbarer Ausdruck unserer Stadtgesellschaft prägen werden.

Prof. Dr. Matthias Castorph ist Architekt und Stadtplaner. Er studierte Architektur an der TU München und wurde an der Universität Kaiserslautern promoviert. Er lehrte und forschte am Lehr- und Forschungsgebiet für „Stadtbaukunst und Entwerfen“ an der TU Kaiserslautern, dessen Leitung er 2020 als Universitätsprofessor übernahm. Schwerpunkte seiner Lehr-, Forschungs- und Publikationstätigkeit waren dabei die städtebaulichen Werke und Schriften von Karl Henrici, Cornelius Gurlitt und Theodor Fischer. 2021 wurde er an die TU Graz berufen und übernahm die Leitung des Instituts für „Entwerfen im Bestand und Denkmalpflege“. Mit seinen Partner:innen Felicia Lehmann und Haiko Tabillion plant er in München Wohnungs- und Bürobauten, Bauten im Bestand und denkmalgerechte Sanierungen. www.ltundc.de

Umriss einer stadträumlichen Konzeption für München

ANDRÉ PERRET

In diesem Beitrag werden Eckpunkte für eine stadträumliche Konzeption für die Landeshauptstadt München entwickelt und skizziert, deren Mangel im Zusammenhang mit aktuell anstehenden stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen schmerzlich bemerkbar geworden ist. Diese Skizzen für eine stadträumliche Konzeption sind in der Auseinandersetzung mit der dritten Hochhausstudie entstanden, mit deren Erarbeitung das Planungsreferat das Münchner Büro 03 Architekten beauftragt hat. Es wird dringend geraten, eine solche stadträumliche Konzeption in die Fortschreibung des Münchner Stadtentwicklungsplans „Perspektive München“ zu integrieren; der Umstand, dass der Entwurf des Stadtentwicklungsplans STEP 2040 sich derzeit in der öffentlichen Debatte befindet, kann dabei als günstige Bedingung angesehen werden.



QUELLE © ANDRÉ PERRET, SKIZZE 24.01.2022

Vorschläge des Verfassers zum Umbau des Zonenplans der Hochhausstudie (Entwurf), hrsg. Planungsreferat LH München (Bearb. 03 Architekten München)

Zur Vorbereitung von Ideen einer stadträumlichen Konzeption habe ich mir erlaubt, in den Zonenplan der Hochhausstudie (Entwurf) meine Modifikations-Vorschläge zu skizzieren. Dieser Zonenplan besteht in der Originalfassung abstrakt aus den vier Farben, Gelb, Dunkelgelb, Hellblau und Violett für die vier Höhenzonen I bis IV, die definiert worden sind: Zone I: „Traufe stärken“; Zone II: „Maßstäblich gestalten“; Zone III: „Höhenprofil gestalten“; Zone IV: „Stadtsilhouette gestalten“.

Die gelben Zonen I und II sind unproblematisch und korrespondieren mit moderaten Akzentuierungen der Weiterentwicklung der homogenen Bausubstanz Münchens.

Die zwei weiteren Zonen III und IV sind wesentlich problematischer, da sie *ohne leitende Idee* und

ohne übergeordnete räumliche Konzeption „Stadtteilzeichen“ bis 80 m Höhe bei der Zone III und „Stadtakzente“ ab 80 m Höhe und ohne Höhenbegrenzung bei der Zone IV ermöglichen.

Auf diesem Zonenplan habe ich schematisch mehrere wichtige Informationen farbig ergänzt, um die stadträumlichen Zusammenhänge besser verständlich zu machen.

- Zuerst die *Grünzugsstruktur*

mit allen Vernetzungspotentialen

- Dann als vertikale Schraffur die *Kernstadt* von München, die ungefähr mit dem Staffelbauplan von Theodor Fischer korrespondiert, sowie die Kernstadt von Pasing, die endlich in ihrer historischen Autonomie differenziert werden müsste, statt an München mühsam geklebt zu werden. Der vorgeschlagene Westgrünzug zwischen München und Pasing wäre die perfekte notwendige Pause. Theoretisch wäre um Perlach eine dritte, modernere Kernstadt als Potential möglich, die mit vielen Ergänzungen und Akzentuierungen eine eigene Prägung bekommen könnte.
- Zum Schluss habe ich mit dicken schwarzen Punkten die *historischen Höhenpunkte* der Kirchtürme im Zentrum und den Bogen der wichtigsten

Hochhäuser der Stadt im Norden und Nordosten betont. Diese zufällig entstandene Ordnung ist interessant, aber in der Hochhausstudie nicht erwähnt. Wichtig dabei ist auch, dass diese solitären Ikonen der Münchner Wirtschaft jeweils die Spitze von Siedlungsquartieren von ca. 40 bis 50 ha, wie im Werksviertel, Bogenhausen, Parkstadt Schwabing oder BMW, bilden. Sie sind wie die bedeutendsten Logenplätze eines Stadtamphitheaters im Norden der Stadt lokalisiert und nach Süden ausgerichtet, es gibt vielleicht noch freie Plätze für die Zukunft in der zweiten oder dritten Reihe am Frankfurter Ring oder an dem zukünftigen Bahnring im Norden bis zur Bahntrasse Richtung Ostbahnhof, aber München dürfte dadurch Konglomerate von Hochhäusern wie etwa in Frankfurt niemals erhalten.

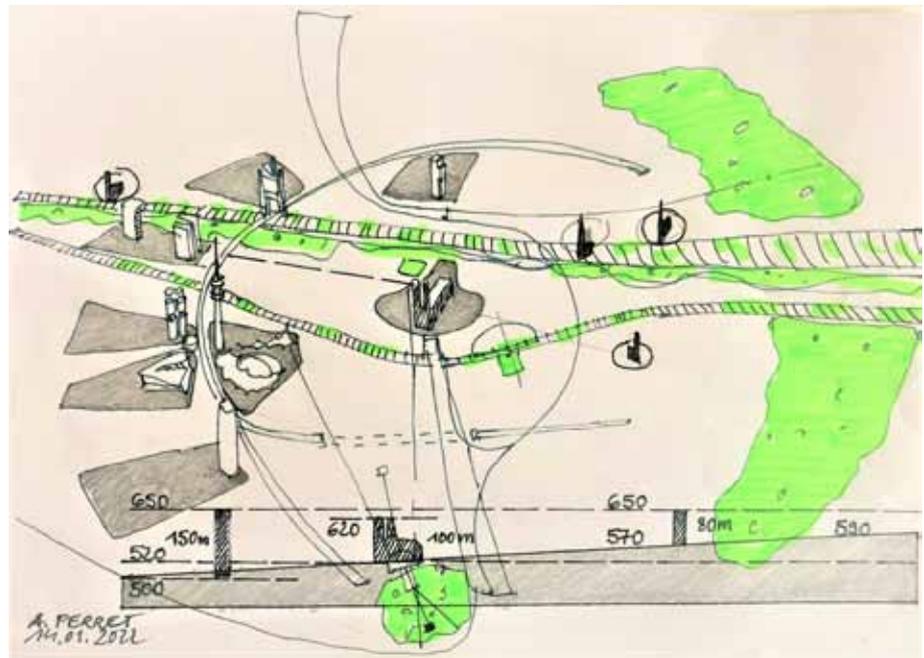
Der Versuch, eine Ordnung in diesen Plan zu bekommen, zeigt, wie die von mir rot umrandeten Gebiete im Süden der Stadt Konflikte verursachen, die violett oder blau in der Hochhausstudie markiert sind.

Das problematischste Gebiet ist eindeutig die aktuell viel diskutierte violette Zone zwischen Hansastrasse, Friedenheimer Brücke und Donnersberger Brücke. Die violette Markierung signalisiert fatalerweise vor der Genehmigung der Hochhausstudie unbegrenzte Höhenentwicklungen von „Stadtakzenten“ mitten in der von mir beschriebenen Kernstadt, vor dem Nymphenburger Ensemble und im Blickfeld des Alpenpanoramas. Das Projekt an der Paketposthalle bündelt aktuell an dieser Stelle die ganze Problematik der Hochhausstudie und versteckt gleichzeitig die starken Ausdehnungsmöglichkeiten von weiteren Hochhäusern in diesem sehr sensiblen Gebiet der Stadt.

Ähnlich schwierig sind die blau markierten Zonen der Kategorie III aufgrund der – wie später beschrieben – ansteigenden Topographie in Richtung Süden, wo „Stadtteilzeichen“ mit 80 m Höhe möglich sein sollen. Dies soll gelten für die Areale im Süd-Osten in der Verlängerung des Werksviertels nach Süden, am Giesinger Bahnhof und erstaunlicherweise am Geiseltasteig. Im Süd-Westen ergeben sich ähnlich problematische Situationen im Blickfeld der Kernstadt und in Richtung Alpenpanorama bei der

Großmarkthalle und vor allem in Obersendling. Das Areal der Großmarkthalle ist aufgrund der Nähe zur Altstadt und zur Ludwigsvorstadt besonders ungeeignet für ein „Stadtteilzeichen“. Insgesamt fehlt ein städtebaulicher Masterplan für das große Areal von Obersendling; deswegen werden die Flächen, meistens sehr isoliert, zum Spielball der Immobilienspekulationen. Die Bauhöhen von 80 m, die durch die große Ausdehnung der blauen Zone III an vielen Stellen möglich werden sollen, werden aufgrund der ansteigenden Topographie mit einer Höhendifferenz zwischen Kernstadt und südlichen Stadtrand von ca. 50 m in ihrer Lage im Blickfeld der Altstadt besonders problematisch.

Um das Konzept der Hochhausstudie zu beruhigen, müsste die Kategorie 4 mit ihrem Begriff „Stadtteilzeichen“ bis 80 m Höhe aus der Definition der blauen Zone III bei allen Gebieten im Süden der Kernstadt entfernt werden.



Stadträumliches Konzept I

Auf der Basis dieser Analyse habe ich begonnen, das fehlende stadträumliche Konzept zu umreißen. Es sind lediglich skizzenhafte Darstellungen, die uns gemeinsam für die kommenden Debatten inspirieren sollen.

Bei diesem ersten Konzeptvorschlag (s. Abb. S. 9) wird die Stadt aus der Vogelperspektive von Westen und mit den drei wichtigsten Komponenten – dem Städtebau, der Landschaft mit der ansteigenden Topographie und den dominanten Verkehrserschließungen wie Bahnlinien und Mittlerer Ring – dargestellt. Zusätzlich wird diese Skizze am unteren Rand mit einem Schnitt durch die Topographie der Stadt ergänzt. Die markantesten Bauformen der Hochhäuser und der Kirchen sind bewusst überhöht dargestellt.

Damit wird deutlich erkennbar, dass ein Hochhaus als „Stadtteilzeichen“ mit 80 m Höhe in Obersending auf der Basis von 570 m ü. NN eine Höhe von 650 m erreicht und damit dem Uptown-Hochhaus am Petuelring mit einer Bauhöhe von ca. 150 m als Stadtakzent entspricht. Diese Wirkungen von vergleichbar hohen Bauten auf unterschiedlichen Niveaus zu beiden Seiten der Kernstadt sind nicht akzeptabel; dies wird auch in der Hochhausstudie nicht thematisiert. Aus diesem Grund dürften die höheren

kale Schraffur), die Darstellung des Westgrünzugs als Gliederung zwischen München und Pasing sowie die Vernetzung der übergeordneten Grünflächen.

Die Bogenstruktur der Hochhaussolitäre der Münchner Wirtschaft einschließlich ihres Siedlungsumfelds ist dunkelgrau markiert; das mögliche Potential von weiteren Verdichtungen mit Akzentuierungen in der 2. oder 3. Reihe am Frankfurter Ring oder am zukünftigen Bahnring ist gelb gekennzeichnet.

Die dunklen Kreise der ehemaligen Dorfkerne

Solln, Thalkirchen, Giesing, Schwabing und Oberföhring ergänzen, als wichtiges und eigenständiges Element der Münchner Siedlungsgeschichte, das räumliche Konzept.

Zur Komplettierung dieser räumlichen Darstellung dient die Skizzenperspektive (s. Abb. S. 11), die nach Süden zu den Alpen orientiert ist. Darin wird die komplette Hierarchie der Höhenentwicklung in München erkennbar sowie die notwendige und charakteristische Verschmelzung der horizontalen Stadsubstanz mit dem Voralpenland als Besonderheit dieser Stadt. In dieser erneut bewusst überhöhten Darstellung wird deutlich erkennbar, wie zerstörerisch eine Hochhausgruppe an der Paketposthalle, mitten in der Kernstadt und vor dem Nymphenburger Ensemble, sein würde.

In München fehlen im Moment bis auf wenige Ausnahmen, wie z. B. das prämierte Projekt „Werk 12“ der niederländischen Architekten MVRDV im Werksviertel, vorbildliche Projekte, die viele Themen der Nachhaltigkeit und des fortschrittlichen Städtebaus in den Vordergrund stellen. Stattdessen wird viel zu viel über extreme Höhenentwicklungen diskutiert, die nur eine Illusion von Fortschritt und Dichte suggerieren.

Der Hochhausstudie (Entwurf) kann in der jetzigen Form nicht zugestimmt werden; sie muss komplett überdacht werden. Es kann auch nicht sein, dass das zukünftige Aussehen einer Stadt wie München allein von der Studie eines Architekturbüros abhängt. Über ein interdisziplinäres Team mit mehreren Fächern wie Städtebau, Landschaft und Verkehr, ähnlich wie in Berlin, Wien oder Kopenhagen, müsste zuerst die übergeordnete räumliche Konzeption definiert und abgestimmt werden. Dieses „stadträumliche Konzept“, wie ich es genannt habe, sollte anschließend, als Konsens für die prägende



QUELLE © ANDRÉ PERRET, 20.01.2022

Stadträumliches Konzept 2

Bauten im Süden der Kernstadt eine Höhe von 40 bis 50 m nie überschreiten. Das Wort „Stadtteilzeichen“ bis 80 m Höhe müsste bei den ausgewiesenen Zonen III im Süden der Kernstadt entfernt und durch die Kategorie „Quartierszeichen“ ersetzt werden.

Diese Skizze (s. Abb. S. 10) ist eine weitere Darstellungsmöglichkeit des stadträumlichen Konzeptes, diesmal als Plan mit den drei wichtigen Komponenten der Stadt, dem Städtebau, der Landschaftsstruktur und der Verkehrsinfrastruktur. Wichtig dabei ist die Darstellung der Ausdehnung der Kernstadt (verti-



Stadträumliches Konzept 3

Ordnung und Gestaltung der Stadt, Teil des Stadtentwicklungsplans werden.

Die begonnene Debatte um die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans „Perspektive München“, dem Stadtentwicklungsplan STEP 2040, bietet dazu

die besten Voraussetzungen und jegliche Gelegenheit. Mehr als fahrlässig wäre es, ein solches städtebauliches Konzept nicht mit dem Stadtentwicklungsplan zu verknüpfen.

André Perret ist Architekt und Stadtplaner. *1954 in Saint-Etienne/Frankreich. Diplôme Architecte DPLG 1979; Master of Architecture University of Pennsylvania/ Philadelphia (USA) (1981-1982). 1982-1990 Mitarbeit in den Büros Alexander von Branca und Walter Lehneis München. 1990-2000 selbständige Architektentätigkeit in München, bis 1994 in Partnerschaft mit Wilhelm Hopfinger. 1994 1. Preis

WB der Parkstadt Schwabing. 2000-2017 Partner des Büros PRPM Architekten; ab 2012 Geschäftsführer prpm Architekten und Stadtplaner GmbH in München. André Perret wohnt in Starnberg.

BDA Kreisverband München-Oberbayern

Offener Brief zur Debatte um die geplanten Hochhäuser an der Paketposthalle in München

RAINER HOFMANN

7. Oktober 2021

Sehr geehrte Stadtbaurätin,
 Sehr geehrter Oberbürgermeister,
 Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende im Stadtrat,
 wir Architektinnen und Architekten im BDA Kreisverband München-Oberbayern verfolgen die Debatte um die geplanten Hochhäuser auf dem Areal um die ehemalige Paketposthalle mit wachsamem Blick. Das 87.000 m² große Areal birgt großes Potenzial, dort ein Stück Stadt entstehen zu lassen, das beispielhaft für moderne Stadtentwicklung und zugleich architektonisches Leuchtturmprojekt für München sein könnte!

Vor diesem Hintergrund müssen wir darüber sprechen, welches die tatsächlichen Herausforderungen unserer Zeit sind und welche Projekte städtebaulich und architektonisch richtungsweisend sein könnten. Themen wie Zirkularität, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sind dabei nicht mehr wegzudenkende, wesentliche Aufgaben von Architektur und Städtebau in Zeiten des Klimawandels. In der thematischen Auseinandersetzung sind uns dabei einige Aspekte aufgefallen, die bei diesem Projekt ein besonderes Augenmerk verdienen:

Im Einzelnen

01

Stadtplanung bzw. „Stadt der Zukunft“ kann aufgrund der vielfältigsten Interessen, die an und in einem Stadtteil vorherrschen, nicht einfach „entschieden“ werden, wenn ein Stadtteil bzw. eine Stadterweiterung „echte“ Wurzeln schlagen soll. Hierfür müssen sich alle Beteiligten in einer demokratischen Auseinandersetzung gründlich mit dem Projekt sowie den stadtplanerischen Rahmenbedingungen befassen und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Ein Alleingang eines Projektentwicklers halten wir Architektinnen und Architekten im BDA für höchst problematisch, kontraproduktiv und nicht nachhaltig.

Einer intensiven Diskussion in der Bürgerschaft folgend, lässt die Stadt München nun ein Bürgergutachten erstellen, bei dem zufällig ausgewählte Münchnerinnen und Münchner Vorschläge für die Planung und Nutzung des Areals entwickeln sollen. Ein Verfahren, dass wir ausdrücklich begrüßen!

Bürgergutachten sind grundsätzlich mögliche Instrumentarien, Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt einzubinden. Aber wie diese Ergebnisse dann in eine Planung einfließen können bzw. wer diese dann schlussendlich in einen Stadtraum, sowohl architektonisch als auch in Bezug zu den Betreiberkonzepten der öffentlichen Stadtbausteine, übersetzt, bleibt zu diskutieren.

02

Die Architektur eines so wesentlichen, stadt-bildprägenden Bausteins muss zwingend anhand von Alternativen in Form und Höhe untersucht werden. Die von der Stadt München in Auftrag gegebene „Hochhausstudie“ definiert eindeutig, dass stadt-bildprägende Hochpunkte in einem Wettbewerbsverfahren ermittelt werden müssen.

Der Presse entnehmen wir, dass die Stadt inzwischen darüber nachdenkt, einen Wettbewerb für die Gestalt der beiden Hochhäuser auf dem Areal an der Paketposthalle auszuloben. Ein Hochbauwettbewerb, den wir Architektinnen und Architekten im BDA als äußerst wichtig erachten und den wir ausdrücklich begrüßen würden!

BDAtalk hat im Dezember 2020 bereits zum Thema diskutiert: „Neue Hochhäuser für München?“

Warum wenden wir uns an Sie?

Wir wollen Sie bei diesem Vorhaben unterstützen!

München ist eine stolze Stadt, nicht weil es eine Allianz-Arena oder eine BMW-Welt gibt, sondern weil es gelungen ist, den Charme dieser Stadt mit einer gesunden Mischung aus Arbeiten und Wohnen in Quartieren, die von Menschen unterschiedlichster Herkunft und sozialem Status geprägt sind, zu erhalten. Diese Mischung ist zunehmend in Gefahr und Wohnraum wird für viele von uns immer unbezahlbarer. Darum begrüßen wir Architektinnen und Architekten im BDA es sehr, dass die Stadt das Areal um die ehemalige Paketposthalle nachverdichtet. Und dass die Projektentwickler dabei sogar etwas ganz Besonderes entstehen lassen wollen, ist äußerst lobenswert und wirklich eine Chance für die ganze Stadt.

Seien wir miteinander mutig und lassen Sie uns in einem fairen, demokratischen Planungswettbewerb gemeinsam um die beste Lösung für das Areal um die ehemalige Paketposthalle ringen: Ob nicht zum Beispiel auch Gebäudeensembles mit einem höheren Anspruch an die Nachhaltigkeit und den sozialen Zusammenhalt möglich wären, wovon am Ende die ganze Stadt (Gesellschaft) profitiert!

Wir haben die Form des offenen Briefes gewählt, um die Diskussion hierüber zu stärken. Diesen Brief erhalten neben Ihnen noch Architekturbüros und für uns wichtige Akteure der Fachpresse, der Stadtgestaltung und weitere berufsständische Verbände. Gerne stehen wir Ihnen für eine inhaltliche Auseinandersetzung, auch zum Verfahren, zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Rainer Hofmann für den Kreisvorstand

BDA Bund Deutscher Architektinnen und Architekten - Kreis München



Luftbild des Projektgebiets ‚PaketPost-Areal‘

Hinweis:

Der BDA Bund Deutscher Architektinnen und Architekten bringt sechsmal im Jahr ein eigenes Magazin heraus: **Die Architekt** 

Stellungnahme zum ‚Bürger*Innengutachten Paketpost-Areal München‘:

„Der Masterplan muss wesentlich überarbeitet werden“

Empfehlungen zur weiteren Quartiersentwicklung aus Sicht der begleitenden Projektgruppe des Münchner Forums

Im Oktober 2021 führte das Berliner nexus-Institut im Auftrag der Landeshauptstadt München ein Bürger*innengutachten zum Paketpost-Areal durch, in dem 112 zufällig ausgewählte Bürger*innen Empfehlungen zur Quartiersentwicklung erarbeiteten. Vier Monate danach, am 11. Februar 2022, wurden die Ergebnisse im Rathaus der Öffentlichkeit vorgestellt. Während in den Medien voreilig eine „Mehrheit für die Türme auf dem Paketpost-Areal“ ausgemacht wurde (SZ-Titel: „Her mit den Hochhäusern“), zeigt sich bei eingehender Lektüre des Gutachtens in den abschließenden „Open Spaces“ nurmehr wenig Begeisterung für die Hochhäuser. Zentrale Fragen blieben unbeantwortet. Auch waren sich die Bürger*innen nicht einig, ob der vorgelegte Masterplan insgesamt die bestmögliche Variante für die Bebauung darstellt, und hielten wiederholt eine umfassende Überarbeitung für dringend notwendig. Das Gutachten enthält hierzu ein breites Spektrum höchst differenzierter Gedanken und konkreter Ideen. Unsere Folgerung ist: Der Masterplan für das Paketpost-Areal muss wesentlich überarbeitet werden.

Die Projektgruppe ‚Bürgergutachten Paketpost-Areal‘ des Münchner Forums hat die Vorbereitung des Bürgergutachtens seit April 2021 intensiv begleitet. Im Juli 2021 hat sie ein viel beachtetes Impulspapier zur Themenstellung vorgelegt und anschließend am Runden Tisch sowie am Bürger*innengutachten mit mehreren Expert*innen mitgewirkt. Im Folgenden greifen wir sieben zentrale Themen aus dem Bürger*innengutachten auf, die auch aus unserer Sicht eine stärkere Beachtung bei der Quartiersentwicklung erfordern. Wir fordern Politik und Verwaltung auf, diese während der nächsten Monate eingehend und ergebnisoffen zu vertiefen und bei der Überarbeitung des Masterplans umfassend zu berücksichtigen. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf das Gutachten.

1. „Einen klaren Fokus auf Nachhaltigkeit setzen“

Die wichtigste Empfehlung des Bürger*innen-Gutachtens ist die Aufforderung, „bei der Entwicklung des PaketPost-Areals einen klaren Fokus auf Nachhaltigkeit“ zu setzen (S. 13). Der Anspruch lautet: „Das PaketPost-Areal soll zu einem Vorzeigeprojekt für nachhaltige Bauweise werden, das international Maßstäbe setzt“ (S. 42).

Fazit: Die Bürger*innen sehen die Notwendigkeit nachhaltiger Quartiersentwicklung klar im Vordergrund. Dabei muss „Nachhaltigkeit“ umfassend gedacht werden: Sie umfasst ökologische

Anforderungen an die Bebauung und Gestaltung des Quartiers ebenso wie die wirtschaftliche und soziale Ausgewogenheit des Flächenangebots mit bezahlbarem Wohnraum, öffentlich zugänglichen Grün- und Freiflächen, gemeinschaftlichen Einrichtungen und einem zukunftsweisenden Mobilitätskonzept.

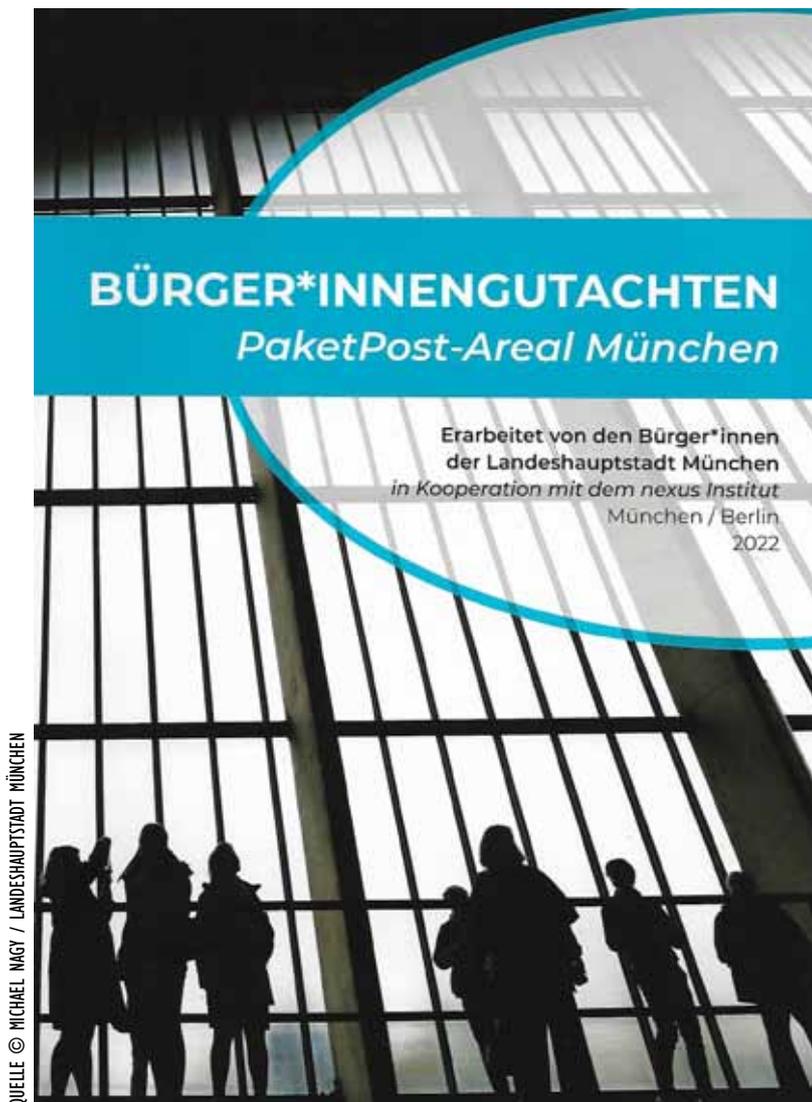
2. „Verdichtung bewusst und nachhaltig gestalten“ – Art und Maß der baulichen Nutzung definieren

Die zentrale Frage lautet hier, wie Verdichtung in einem bioklimatisch belasteten Stadtraum nachhaltig und gleichzeitig klimaangepasst gestaltet werden kann. Welche Nutzungsmischung ist nachhaltig?

„Muss das Quartier so dicht sein?“ (S. 73) Klar ist: München wächst und erlebt dauerhaft einen Wohnungsmangel. Die Bürgergutachter*innen fordern die „Schaffung bezahlbaren Wohnraums innerhalb des PaketPost-Areals, die über die in der sozialgerechten Bodennutzung vorgesehenen gesetzlichen Vorgaben hinaus gehen soll. Es wird empfohlen, [...] vor allem Wohnungen im mittleren Marktsegment zu bauen“ (S. 14).

Fazit: Zur Dichte gibt es im Gutachten divergierende Ziele und Zahlen. Notwendig ist aus unserer Sicht eine transparente Darstellung von Art und Maß der baulichen Nutzung mit/ ohne Paketposthalle, mit/ ohne Abzug jener Grundstücksteile, die in der Regel öffentlich sind und nicht in die Berechnung der Geschossflächenzahl (GFZ) eingehen. Wir

erwarten, dass sich die Dichte der Bebauung an den rechtlich definierten Orientierungswerten für Obergrenzen für Kerngebiete und Urbane Gebiete (GFZ 3,0) orientiert.



3. Mehr Grün- und Freiflächen im Paketpost-Areal bereitstellen

„Als besonders negativ empfinden die Teilnehmer*innen, dass im PaketPost-Areal zu wenig Grün- und Freiflächen vorgesehen sind.“ (S. 38) Das Ziel lautet „weniger verbaute Fläche – mehr Grünfläche, effizientes Grün“ (S. 63), „dass unbedingt für jede*n Einwohner*in 20 Quadratmeter Grünfläche innerhalb des PaketPost-Areals vorhanden sein soll.“ (S. 53)

Fazit: Die aktuelle und künftige Flächenbilanz der Grün- und Freiflächen im Paketpost-Areal ist detailliert und fachgerecht darzustellen. Das Verhältnis (20 qm/ Einwohner*in) muss stimmen! Zu bedenken ist, dass der Freiflächenbedarf bei höherer Wohnnutzung im Quartier weiterwächst (siehe Punkt 2). Wichtig ist zu belegen, wie die Grün- und Freiflächen auf dem Grundstück erreicht und baurechtlich sichergestellt werden können.

4. Die Hochhäuser – Mythen und Fakten checken

„Bezüglich der Höhe der Hochhäuser wurde in den Planungszellen kein Konsens erzielt. [...] Mit 82 Punkten erhielt die Empfehlung, die Türme mit einer Höhe von 155 m so zu bauen, wie es der Masterplan von Mitte 2021 vorsieht, die höchste Punktzahl. [...] Im Gegensatz dazu bezeichnet die zweite Empfehlung mit 46 Punkten die Dominanz der Hochhäuser als einen Nachteil.“ (S. 50 f.) Im Ablauf des Bürger*innengutachtens wechselte das Meinungsbild zwischen Befürworter*innen, die in den Hochhäusern ein Sinnbild „für München als weltoffene Metropole“ sehen (S. 50), und Skeptiker*innen, die die hohen Kosten, den Ressourcenverbrauch und die exklusiven, hochpreisigen Nutzungen kritisierten. Die zentrale Frage lautete: „Benötigt der Ort die Höhe von 155 m?“ (S. 51)

Fazit: Notwendig ist ein neutraler Faktencheck! Können Hochhäuser dieser Größenordnung – wie von den Bürgergutachter*innen in Punkt 1 gefordert wird – ökologisch nachhaltig und damit ressourcenschonend und klimaneutral gebaut werden? Schaffen sie urbane Mischung und bezahlbaren Wohnraum? Reduzieren sie – wie angenommen – wirklich den Flächenverbrauch und die Versiegelung der Stadt? Oft geht es hier um Mythen statt um Fakten! Die Aufteilung der Hochhausflächen auf drei oder mehr niedrigere

Türme sollte einer ernsthaften Abwägung unterzogen werden.

5. „Umsetzung eines innovativen, nachhaltigen und autoarmen Mobilitätskonzepts“

Die Dichte der Bebauung und die vielfältigen Nutzungen erzeugen einen hohen Verkehrsdruck im Areal sowie zusätzlich hohe Verkehrsströme in der Stadt. Der Masterplan sieht zwar Autofreiheit an der Oberfläche vor, setzt aber darüber hinaus primär auf den motorisierten Individualverkehr. Die Bürgergutachter*innen schlagen stattdessen eine bewusste Stärkung des Umweltverbunds als zentrales Steuerungsinstrument vor. Neben den Pull-Maßnahmen (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, Sharing-Angebote u.a.) sehen sie Push-Maßnahmen durch „weniger Stellplätze für Autos“, Reduzierung der „monströsen“ Tiefgarage auf 2,5 Tiefgeschosse u.a. vor (S. 59 f., S. 67).

Fazit: Die Umsetzung eines innovativen, autoarmen und sozial gerechten Mobilitätskonzepts erfordert eine starke Führung und Koordination der Maßnahmen. Eine konsequente Einbindung in den Umweltverbund und in innovative Mobilitätskonzepte bei gleichzeitiger Reduzierung des Stellplatzschlüssels ist – wie von den Bürgergutachter*innen gefordert – möglich und entsprechend festzuschreiben.

sollen im Grundbuch verlässlich und dauerhaft abgesichert werden“ (S. 15), ggf. auch als „Voraussetzung für das Baurecht“ (S. 55).

Fazit: Der Erhalt, die öffentliche Nutzung und die Anforderungen der denkmalgeschützten Halle an die Infrastrukturen innerhalb und außerhalb der Halle dürfen im Planungsprozess nicht aus dem Blickfeld geraten! Angesichts der noch ungesicherten Nutzungsideen – insbesondere für das Erdgeschoss



QUELLE © FRIEDRICH GRÖSSING

6. Nutzung und Betrieb der Paketposthalle sicherstellen

Kernstück des Areals ist die Paketposthalle. Hier stellt das Bürger*innengutachten fest: „Die Idee, die Paketposthalle langfristig als einen attraktiven und vielfältigen öffentlichen Ort der Begegnung und als Freiraum im Areal zu nutzen, stößt bei den Teilnehmenden auf breite Zustimmung. Um dies zu gewährleisten, ist es aus Sicht der Bürgergutachter*innen unbedingt notwendig, frühzeitig ein Konzept für die Gestaltung der Nutzung und den Betrieb der Halle zu entwerfen. Dies umfasst insbesondere die Trägerschaft der Erdgeschossflächen, das Betreiberkonzept für das Erd- und Untergeschoss sowie die Klärung, wer das finanzielle Risiko des Betriebs der Halle trägt. [...] Die Nutzungsrechte der Öffentlichkeit

– wird dringend gefordert, ein verbindliches Betriebs- und Nutzungskonzept für die Paketposthalle aufzustellen, in dem auch eindeutig geklärt wird, ob die Stadt München oder der Investor für Nutzung, Betrieb und Instandhaltung zuständig ist. Falls das „Gesamtkonzept“ kurzfristig nicht zustande kommt, empfehlen wir, mit dem Investor eine grundsätzliche vertragliche Vereinbarung zum Erhalt, Umbau und zur wirtschaftlichen Verantwortung für die Halle abzuschließen.

*Ursula Ammermann, Bernhard Fischer, Martin Fürstenberg, Monika Popp für die ‚Projektgruppe Paketpost-Areal‘
Gero Suhner, Michael Scheider, Vorsitzende des Programmausschusses
München, 24.03.2022*

Das Thema Hochhäuser wurde bereits u.a. in früheren Ausgaben der STANDPUNKTE thematisiert:

STANDPUNKTE 6./7.2020: Neue Hochhäuser für München? <https://muenchner-forum.de/standpunkte-6-7-2020-neue-hochhaeuser-fuer-muenchen/>

Steyrer, Helmut: Mir reicht’s mit den Büschl-Türmen! In STANDPUNKTE 6./7.2021 https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2021/07/Muenchner_Forum_Standpunkte_06-07_2021.pdf#page=32

Interview mit Dierk Brandt und Gabriele Heller: „Über den Standort Paketpost-Areal neu nachdenken“ In: STANDPUNKTE 6./7.2021 https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2021/07/Muenchner_Forum_Standpunkte_06-07_2021.pdf#page=28

Henzler, Theodor: Hochhäuser. In: STANDPUNKTE 10./11./12.2021 https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2021/12/Standpunkte-10-11-12_2021_Die-Isar-in-Muenchen_urbaner-Natur-und-Erholungsraum.pdf#page=21

Stellungnahme des Denkmalnetz Bayern: [Denkmalnetz Bayern warnt vor Hochhaus-Euphorie in München](#)

Stock, Wolfgang Jean: Was braucht München? In: Bauwelt 7.2022 <https://www.bauwelt.de/rubriken/betrifft/Was-braucht-Muenchen-3750615.html>

Bijok, Christoph: Stadtentwicklung mit Hochhäusern – lebenswert und dicht? In: Baubiologie Magazin 6.2020 <https://baubiologie-magazin.de/stadtentwicklung-mit-hochhaeusern-lebenswert-und-dicht/>

Bauvolumen und Bebauungsdichte auf dem Paketpost-Areal: **Was sagt uns der „Masterplan“?**

DIERK BRANDT

Das Vorgehen um das Paketpost-Areal bestätigt eher die Regel als die Ausnahme, wie in München Stadtplanung betrieben wird: Da erwirbt ein Investor ein großes Gelände – hier ein weitgehend unbebautes Areal nördlich der Friedenheimer Brücke mit der denkmalgeschützten Paketposthalle. Dann lässt der Investor ein international renommiertes Architekturbüro, nach dessen Plänen in München bereits zahlreiche Bauten errichtet worden sind und dessen Entwürfe beim Fachpublikum meist große Bewunderung auslösen, eine Bebauung des Geländes entwerfen und dies in einem sogenannten Masterplan niederlegen. Dieser „Masterplan“ wird dann bei der städtischen Planungsbehörde eingereicht mit der Maßgabe, dass das Planungs- und Baugenehmigungsverfahren sich nach diesem Masterplan richten solle. Die städtische Planungsbehörde (Referat für Stadtplanung und Bauordnung) lässt sich vom Stadtrat mit einem Eckdatenbeschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes beauftragen, der die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der Investorenpläne erstellt. Diese sehen laut Masterplan, dem einzigen Dokument, das in der Öffentlichkeit dazu bekannt ist, eine dichte mehrgeschossige Blockrand-Bebauung vor, die auf einem das Gelände fast vollständig unterkellernden, ebenfalls mehrgeschossigen Tiefbauwerk errichtet werden soll. Neben der Paketposthalle, für die noch Nutzungen gesucht werden, sollen zwei 155 Meter hohe Türme errichtet werden, die in der Kalkulation des Investors auch zur Gegenfinanzierung der Sanierung und Umnutzung der denkmalgeschützten Halle dienen sollen. Zur gründlichen Analyse und qualifizierten Bewertung des gesamten Bauvorhabens reichen die im „Masterplan“ gemachten Angaben allerdings nicht aus.

Zwar ist zu vermuten, dass zwischen Investor und Planungsbehörde (Referat für Stadtplanung und Bauordnung) relevante Planungsinformationen ausgetauscht wurden und werden. In der Öffentlichkeit sind diese aber nicht bekannt und dürften – wenn überhaupt – erst mit der Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. So bleibt zunächst nichts anderes übrig, als auf der Basis der Informationen im „Masterplan“ und weiterer Quellen Berechnungen darüber anzustellen, welche Bauvolumina und welche Baudichten auf dem Gelände an der Wilhelm-Hale-Straße entstehen könnten.

Ich habe daher mit den zur Verfügung stehenden Daten im Masterplan zum Paketpost-Areal die Geschossflächen ermittelt und die Geschossflächenzahl (GFZ) berechnet. Dies habe ich in verschiedensten Gesprächsrunden, Podiumsdiskussionen und Online-Veranstaltungen zur Diskussion gestellt und auch in direkten Gesprächen präsentiert, z.B. mit der Münchner Stadtbaurätin, im Planungsreferat, mit Oberbürgermeister Dieter Reiter, mit den Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die GRÜNEN, der SPD/Volt, der CSU sowie als Impulsreferent beim Bürger*innengutachten zum Paketpost-Areal (Oktober 2021). Fast jedes Mal wurden die Ergebnisse meiner Berechnungen und die auf ihnen basierenden entscheidenden Faktoren beiseite geschoben, als „falsch“ abgekanzelt oder einfach ignoriert, ohne

dass Gegenargumente, Gegenberechnungen oder transparente Erläuterungen zu den Eckdaten vorgebracht wurden.

Auf diese Weise wird nicht nur eine öffentliche Auseinandersetzung konsequent verhindert.

Es ist vielmehr zu vermuten, dass mit den Berechnungsergebnissen essentielle „Knackpunkte“ des Bauvorhabens getroffen wurden, über die niemand reden will und über die in der Öffentlichkeit nicht gesprochen werden soll, nämlich: den Zusammenhang herzustellen zwischen dem Planungs- und Bauvorhaben „Paketposthallen-Areal“ mit der Bodenfrage, der Bodenspekulation, einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklungspolitik, Nachhaltigkeit, Klimaneutralität und „Enkeltauglichkeit“ in ihrer Komplexität sowie über das Verständnis von der Planungshoheit der Kommune.

Zu den Berechnungen zu GFZ und Geschossflächen sowie Einschätzungen zum Masterplan Paketpost-Areal

Angaben zur Geschossflächenzahl verschiedener Nutzungen im Masterplan und GFZ-Berechnungen wurden unseres Wissens bisher vom Büro Herzog & de Meuron (Basel) und seinem Münchner Büro, Herrn Architekt Hösl veröffentlicht. Ich beziehe mich auf diesbezügliche Aussagen in einer Videokonferenz am 1. Juli 2021. Frau Stadtbaurätin Merk und das Planungsreferat/ Bebauungsplan-Abteilung

hatten sich bis dahin zu diesen Dichteberechnungen nicht öffentlich geäußert. Offensichtlich fand aber ein informeller Austausch zwischen Investor Büschl bzw. seinem Architekturbüro Herzog & de Meuron und Planungsreferat statt. Insofern sind meine Berechnungen, die ich im Rahmen meiner Mitwirkung im Münchner Forum angestellt habe, die einzigen öffentlich zugänglichen Informationen, die den zentralen Aspekt der baulichen Dichte und der handelbaren Geschossfläche thematisieren und auf Grundlage der vorliegenden veröffentlichten Eckdaten plausibel ermittelt haben.

Diese Ergebnisse liegen auch meinem Impulsreferat zugrunde, das ich beim Bürger*innengutachten zum Paketpost-Areal (Oktober 2021) vorgetragen habe. Offensichtlich haben sich die Bürgergutachter*innen in einer Planungszelle damit beschäftigt (s. Dokumentation Bürger*Innengutachten, z.B. S. 73) – in der Dokumentation zum Bürger*innengutachten wird zudem deutlich, dass

Nutzungen und deren Flächenbedarf, vorhanden in den beiden 155 m hohen Türmen (mit ca. 110.000 qm GF) sowie in fünf Wohnhöfen und einem Gewerbehof:

- Wohnen:	ca. 110.000 qm GF
- Büros:	ca. 82.000 qm GF
- Kultur, Erholung:	ca. 21.000 qm GF
- Hotel:	ca. 19.000 qm GF
- Gewerbe, Handel, Gastronomie:	ca. 9.000 qm GF
ergibt insgesamt	ca. 250.000 qm GF
zusätzlich Paketposthalle:	ca. 19.400 qm GF
ergibt in der Summe inklusive Paketposthalle	= ca. 269.400 qm GF

Hier nun meine Berechnung zur Dichte und Geschossflächenzahl im Masterplan Paketpost-Areal:

Für das Paketpost-Areal gilt als ‚Maß der Baulichen Nutzung‘ gemäß § 17 (1) BauNVO (Baunutzungsverordnung) die Flächenkategorie ‚Urbanes Gebiet‘

(MU) mit der maximalen Geschossflächenzahl (GFZ) von 3,0.

Zur Ermittlung von Dichte und Geschossflächenzahl lässt sich, wie bei sonstigen Bebauungsplänen in München, die übliche Brutto- zu Netto-Berechnungsweise heranziehen.

Die Brutto-Grundstücksfläche des Paketpostareals beträgt 87.500 qm. Für die Bestimmung der Netto-Fläche des Baugebietes als Bezugsgröße für die Geschossfläche (GF) sind die Grundfläche der Paketposthalle und die

Flächen für Gassen, Wege, Plätze und allgemeines Grün abzuziehen.

Die Bodenversiegelung – als Grad ihrer Überbauung – bemisst sich an den Vorgaben der Baunutzungsverordnung, wo eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 im ‚Urbanen Gebiet‘ (MU) vorgesehen ist, was bedeutet, 20 Prozent der Bodenfläche soll unversiegelt bleiben, d.h. auch ohne eine an der Oberfläche nicht sichtbare Unterbauung (Erschließungsstraßen und -wege, Tiefgaragen, Unterkellerungen etc.).

Zudem muss die Paketposthalle beim Grad der Ermittlung der Bodenversiegelung herausgelassen werden, weil sie als ein überdachtes Areal nicht als Freifläche zu werten ist.



Masterplan des Paketpost-Areals (zur Verdeutlichung von uns bearbeitet): rot umrandet das Planungsgebiet und mit rotem X die geplante Stelle der Türme

sich auch hier das Planungsreferat als Planungsbehörde zu diesen Themen nicht konkret äußert.

Zunächst die Berechnung von Investor Büschl/ Büro Herzog & de Meuron, wie sie auf der Videokonferenz am 1. Juli 2021 vorgestellt wurden – mit dem Ergebnis, dass – wenn die Brutto-Grundstücksfläche des Paketpostareals von 87.500 qm multipliziert wird mit der GFZ von 3,08 (die Plankategorie ‚Urbanes Gebiet‘ [MU] erlaubt eine maximale GFZ von 3,0) – dies eine Brutto-Geschossfläche (GF) von insgesamt 269.400 qm ergibt.

Vorgesehene Nutzungen auf dem Gelände laut Masterplan: 1.100 Wohnungen, 3.000 Arbeitsplätze;

QUELLE © HELLER/LHM



Städtebauliches Modell des Areals ausgestellt im Plantreff Juni/Juli

ca. 4,5 überschreitet der Masterplan des Investors die definierte Obergrenze einer GFZ von 3,0 für ein „Urbanes Gebiet“ (MU) gemäß § 17 (1) BauNVO mit Größenordnungen von ca. 80.000 bis ca. 100.000 qm Bruttogeschossfläche. Hier werden ein Bauvolumen und eine Baudichte angestrebt, die in München bisher in keinem anderen Stadtgebiet großflächig realisiert worden ist. Diese Überschreitungen werden von keinen städtebau-

Unter diesen Voraussetzungen ergibt *meine Berechnung*:

- Brutto-Grundstücksfläche des Paketpostareals: 87.500 qm
- abzgl. der Grundfläche der Paketposthalle: ca. 20.000 qm
- abzgl. für Gassen, Wege, Plätze, Grün (20%): ca. 13.500 qm
- ergibt eine Netto-Grundstücksfläche/ Baufläche von: ca. 54.000 qm

Daraus errechnet sich die tatsächliche Geschossflächenzahl (GFZ) und damit die *Dichte*, die *Intensität der Bebauung* in zwei Größen

1. mit Paketposthalle:

269.400 qm Brutto-Geschossfläche (GF) dividiert durch 54.000 qm Netto-Grundstücksfläche ergibt eine GFZ von ca. 5,0

2. ohne Paketposthalle:

250.000 qm Brutto-Geschossfläche (GF) dividiert durch 54.000 qm Netto-Grundstücksfläche ergibt eine GFZ von **ca. 4,6**

Dazu der Hinweis: Im Rahmen des Bürger*innen-gutachtens zum Paketpost-Areal (Oktober 2021)

wurde die Zahl von **240.000 qm Brutto-Geschossfläche** (Quelle: Architekturbüro **Herzog & de Meuron/ Herr Hösl, München**) genannt, d.h. 240.000 qm dividiert durch 54.000 qm Netto-Grundstücksfläche ergibt eine GFZ von ca. 4,5; kommt also meinen Berechnungsergebnissen recht nahe.

Welche Berechnungsweise man auch immer zugrunde legt: Mit einer Geschossflächenzahl (GFZ) von 5,0 oder auch „nur“ einer GFZ von

lichen, architektonischen oder sozialen Qualitätskriterien herausgefordert oder verlangt. Sie liegen allein in den Renditeerwartungen des Investors bzw. seiner hinter ihm stehenden Anleger begründet, die die in München allemal schon überschießenden Immobilienprofite für sich nochmals gesteigert sehen wollen („Extraprofite“). Wenn hierauf eine aufmerksame Stadtöffentlichkeit kein Auge wirft und interveniert, könnte dies dem Investor durchaus gelingen – die planende Verwaltung und die Stadtpolitik haben sich in den letzten Jahren als viel zu schwach erwiesen, um Investorenbegierden gegenüber gemeinwohlorientiertem Interesse in die Schranken zu weisen. Ändern wir dies.

Dierk Brandt, Stadtplaner aus München, ist Mitglied im Münchner Forum. Er ist Koautor der nachhaltigen Siedlungsstrategie „München kompakt urban grün“ der PERSPEKTIVE MÜNCHEN der LH München; er hat mit seinem Büro Planungsgruppe 504 eine Vielzahl von stadtplanerischen Gutachten im Auftrag der LH München erstellt, z.B. das „Dichtemodell München“, und die Planungen zur „Zentralen Entwicklungachse Hauptbahnhof - Laim - Pasing“ begleitet.



Paketposthalle in derzeitigem Zustand

QUELLE © LHM

Mythen und Fakten: „Hochhäuser schaffen bezahlbaren Wohnraum“ – ist das so? Eine Nachfrage bei den städtischen Wohnungsbauunternehmen

In der öffentlichen Debatte um den Bau von Hochhäusern in München spielt das Argument der Herstellung von bezahlbarem Wohnraum immer wieder eine zentrale Rolle. München, so die Argumentationskette, ist eine Stadt mit engen Stadtgrenzen, und angesichts des anhaltenden Zuzugs von Unternehmen und Menschen nach München wird der bebaubare Grund und Boden zunehmend knapper und damit teurer. Hier könnte durch den Bau von Hochhäusern knapper Baugrund eingespart werden, der ja, wie man weiß, einen erklecklichen Anteil an den gesamten Baukosten beansprucht, so dass der Bau von Hochhäusern – so der Schluss – eine Lösung darstellen könnte für die Herstellung von bezahlbaren Wohnungen. Diese Argumentationskette wird vom Investor der von ihm geplanten Hochhäuser auf dem Paketpost-Areal immer wieder in die Öffentlichkeit getragen, und die lokale Münchner Presse ist bei ihrer Verbreitung gerne behilflich. Wirkungsvoll ist sie allemal: In Gesprächen mit Münchner Bürger/innen, auch wenn diese sich mit der Hochhausfrage noch nicht intensiv befasst haben, wird das Argument, Hochhäuser sorgen für bezahlbaren Wohnraum, als eines der ersten ins Feld geführt. Die STANDPUNKTE-Redaktion hat nachgefragt, und zwar bei den beiden Wohnungsbauunternehmen, denen die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ein besonderes Anliegen sein muss: den beiden städtischen Wohnungsunternehmen Gewofag und GWG, beides hundertprozentige Tochterunternehmen der Landeshauptstadt München, die aus dem sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau hervorgegangen sind. Wir wollten wissen, ob sie sich für den Hochhausbau als Instrument für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums einsetzen, und wenn nicht, warum sie dies nicht tun. Wir richteten unsere Fragen an beide Unternehmensleitungen. Die GWG hat uns geantwortet. Hier die Antwort von Christian Amlong, kaufmännischer Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung der GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH. Die 100-prozentige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt München errichtet jährlich mehr als 600 neue Wohnungen, der Bestand umfasst mehr als 30.000 Wohnungen bei einer Durchschnittsmiete von 7,52 EUR/qm.

Münchner Forum: Herr Amlong, bei der laufenden Hochhausdebatte haben wir von den städtischen Wohnbau-Gesellschaften öffentlich wenig vernommen, obwohl der Aspekt der Schaffung günstigen Wohnraums die Debatte befeuert. Gibt es hier von der Stadt ein Schweigegebot?

Christian Amlong: Na, Sie kommen auf Gedanken. Sie sind die ersten, die hierzu anfragen. Und natürlich beteilige ich mich gerne an der Diskussion.

Uns ist als städtischer Gesellschaft immer wichtig, dass es auch einen öffentlichen Diskurs gibt über Architektur und Stadtgestalt, über Nachhaltigkeit und soziale Ausgewogenheit.

Münchner Forum: Die GWG ist ja seit Jahrzehnten wichtiger Akteur der städtischen Wohnungspolitik. Wie hoch ist in

Ihrem Bestand das höchste Wohngebäude? Wie viele Stockwerke umfasst es?

Christian Amlong: Es handelt sich um ein Schwesternwohnheim angrenzend an die München Klinik Harlaching in der Theodolindenstr. 18 b. Es hat 14 Etagen und ist ca. 37 m hoch. Wir haben es im Jahr 2017 umfassend saniert. Es wird weiterhin bevorzugt an Beschäftigte aus den Pflegeberufen vermietet.



Der Prinz-Eugen-Park mit einem GWG-Projekt in Holzbauweise

QUELLE © STEFAN MÜLLER-NAUMANN

Münchner Forum: Hat sich die GWG intern schon damit beschäftigt, Wohnhochhäuser zu bauen? Zu welchen Ergebnissen ist die GWG gekommen?

Christian Amlong: Nach der Hochhausrichtlinie handelt es sich ja schon bei Gebäuden ab 22 m um ein Hochhaus, ab 60 m ist es dann ein richtiges Hochhaus. Als städtische Wohnungsgesellschaft haben wir den Anspruch, nachhaltiges, gutes und



Auf dem GWG-Baufeld WA12 in der ehemaligen Bayernkaserne entstehen rund 190 geförderte Wohnungen.

günstiges Wohnen für möglichst viele anzubieten. Im Neubau sind Hochhäuser natürlich besonders teuer wegen der bekannten Aspekte Brandschutz, Lifte usw. Grundsätzlich leidet die Flächeneffizienz. In der Regel bauen wir auf Flächen mit bereits vorhandenem Bebauungsplan. Hier gilt es, Kosten, Effizienz und eine möglichst hohe Anzahl an Wohnungen abzuwägen. „Echte“ Hochhäuser ergeben sich so in der Regel nicht.

Münchner Forum: Gibt es Erkenntnisse, wie sich die dort notwendigen Miethöhen im Vergleich zu konventionellen Wohnbauten einstellen?

Christian Amlong: Bei der GWG München orientieren wir uns auch im freifinanzierten Wohnungsneubau am Mietpiegel. Angesichts der stark gestiegenen Baukosten und der Tatsache, dass Hochhäuser weniger effizient sind, müsste man teurere Mieten verlangen. Jedoch kostet es bei uns nichts extra, in einem oberen Stockwerk mit einem tollen Ausblick zu wohnen. Auch wollen wir eine gute Mischung unserer Mieterinnen und Mieter, Hochhaus-Wohnungsbau ist automatisch

teurer, das passt schlecht zu preiswertem Mietwohnungsbau. Und wir wollen ja auch keine Subventionierung einiger weniger in ganz besonders schicken Wohnungen durch diejenigen, die schon mit geringen Mieten zu kämpfen haben. Wenn Mieten frei vereinbart werden können oder aber im Eigentumswohnungsbereich, sieht die Welt natürlich anders aus.

Münchner Forum: Hat die GWG aus dem aktuellen Bürger*innengutachten zum PaketPost-Areal eigene Erkenntnisse gezogen?

Christian Amlong: Die GWG München hat selbst vielfältige Erfahrungen mit Bewohner- und Anwohner*innenbeteiligung. Solche gibt es ja im PaketPost-Areal (noch) nicht. Die Idee eines Bürger*innengutachtens ist daher natürlich sehr spannend. Wichtige Ergebnisse sollten aber heute zum Standard des guten Bauens gehören, nämlich Nachhaltigkeit, ein gutes

Mobilitätskonzept oder auch die Qualität der Grün- und Freiflächen. Gut gefallen hat mir das Entwickeln konkreter Vorschläge. Im Falle der Realisierung des Vorhabens wäre es nun wichtig, dass die Umsetzung einzelner Aspekte permanent während des weiteren Prozesses controlled wird.



Wohnanlage Karwendelstraße in Obersendling

Christian Amlong, geb. 1976, ist studierter Jurist. Er ist seit 2016 kaufmännischer Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung der GWG München. Zuvor war er als Mitglied des Münchner Stadtrats u.a. Korreferent des Münchner Planungsreferates und leitete die Bauleitplankommission und die Stadtgestaltungskommission.

Wenn Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen treffen

SUSANNE SOCHER

Die Stadt München gehört zu den Spitzenreitern in Sachen direkte Demokratie. In kaum einer anderen Stadt in Bayern finden so viele Bürgerbegehren statt. Aktuell erhitzt die erneute Diskussion um den Bau von Hochhäusern die Gemüter. Im Jahr 2004 wurde in einem Bürgerentscheid die Höhe von Hochhäusern begrenzt. Daran wurde sich seitdem gehalten. Mit den Planungen um die Entstehung von zwei Hochhäusern an der alten Paketposthalle wird die Diskussion nun neu entfacht und ein ungeschriebenes Gesetz auf den Prüfstand gestellt.

Seit den 1990er Jahren kennen alle deutschen Bundesländer Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. So auch Bayern, wo das direktdemokratische Instrument mit einem Volksentscheid, also durch die Bürgerinnen und Bürger im Jahr 1995 selbst eingeführt wurde. Um die Begrifflichkeiten gut verorten zu können: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide finden auf der kommunalen Ebene statt. Mit einer Unterschriftensammlung, dem Bürgerbegehren, wird die Abstimmung (Bürgerentscheid) zu einer konkreten Frage gefordert. Dabei sind in Bayern nahezu alle Fragen zulässig, die auch der Stadt- oder Gemeinderat entscheiden kann. Die konkreten Regelungen wie die Anzahl der benötigten Unterschriften, mögliche Themenausschlüsse und Fristen unterscheiden sich jedoch von Bundesland zu Bundesland. In ganz Deutschland fanden seither über 8.000 Bürgerbegehren statt, die in über 4.100 Bürgerentscheiden mündeten. Etwa 40 Prozent aller Verfahren fanden in Bayern statt. Das liegt schlicht daran, dass das Bundesland Bayern sehr bürger- und anwendungsfreundliche Regelungen kennt, mit moderaten Hürden, kaum Fristen und einer breiten Zulassung von Themen. Ein direkter Blick nach Bayern zeigt, dass die Landeshauptstadt München zu den Städten mit den meisten Bürgerbegehren gehört. So fand eines der ersten Bürgerbegehren in München statt (3 Tunnel am Mittleren Ring), mittlerweile kann die Stadt auf 33 Verfahren blicken.

Volksentscheide gibt es nicht auf Bundesebene

Volksbegehren und Volksentscheide hingegen finden auf der Landesebene statt. Alle Bundesländer kennen diese Möglichkeit. In den meisten Fällen muss den Bürgerinnen und Bürgern – nach der Sammlung von Unterschriften (in zwei Stufen) – dann ein

Gesetzentwurf zur Abstimmung vorgelegt werden.

Dieses Initiativrecht ist sowohl auf der kommunalen als auch auf der Landesebene ein starkes demokratisches Instrument für die Bürgerinnen und Bürger. In einer laufenden Legislaturperiode, also zwischen zwei Wahlen, kann ein Sachthema, welches üblicherweise in den Parlamenten behandelt wird, zur Entscheidung den Wählenden vorgelegt werden. Dieses Votum ersetzt dann verbindlich die Entscheidung durch die gewählten Parlamentarier/innen.

Das Ratsbegehren als zusätzliche Möglichkeit der Gemeindeparlamente

Bei einem Bürgerbegehren schließt sich eine Gruppe von Interessenten zu einem bestimmten Thema zusammen, einigt sich auf eine Abstimmungsfrage und gestaltet eine Unterschriftenliste nach vorgegebenen formalen Kriterien. Anschließend müssen je nach Größe der Stadt zwischen drei und zehn Prozent der wahlberechtigten und in dem Ort gemeldeten Menschen auf diesen Listen unterschreiben. Kommt die nötige Anzahl an Unterschriften zustande, entscheidet der Stadt- oder Gemeinderat formell über die Zulässigkeit. Ist diese festgestellt, kommt es zum Bürgerentscheid.



Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren

QUELLE © FOTO BY MEHR DEMOKRATIE E.V. | LIZENZ: CC BY-SA 2.0

Anders verhält es sich bei sogenannten Ratsbegehren oder – im wissenschaftlichen Sprachgebrauch – Ratsreferenden. Dabei kann der Stadt- oder Gemeinderat mit einfacher Mehrheit beschließen, den Bürgerinnen und Bürgern eine bestimmte Sachfrage zur Entscheidung vorzulegen. Wird dies so beschlossen, kommt es zum Ratsentscheid, der mit einem Bürgerentscheid identisch ist. Ratsbegehren kennen die meisten Bundesländer.

Unterschriftensammlung als Möglichkeit der Informationsbildung

Während bei einem Bürgerbegehren bereits bei der Sammlung der Unterschriften die Initiatoren ihr Anliegen zur Diskussion stellen und Rede und Antwort für die Unterschreibenden stehen müssen, entfällt diese Form des frühen Dialogs zu einem Thema bei einem Ratsbegehren. Zusätzlich darf man davon ausgehen, dass das Interesse, an dem anschließenden Bürgerentscheid teilzunehmen, vorhanden ist, wenn



QUELLE © FOTO BY MEHR DEMOKRATIE E.V. | LIZENZ: CC BY-SA 2.0

Abstimmung zu einer Sachfrage

zuvor für ein Bürgerbegehren unterschrieben wurde.

Ein Missverständnis, welches häufiger auftritt, ist, dass nur Menschen bei einem Bürgerbegehren unterschreiben, die auch der Meinung der Initiatoren sind. Korrekt ist aber, dass mit einem Bürgerbegehren Unterschriften dafür gesammelt werden, dass zu einem bestimmten Thema eine Abstimmung durchgeführt wird. Die bindende Entscheidung findet erst beim Bürgerentscheid in einer geheimen Abstimmung statt.

Ratsbegehren als demokratische Geste

Dem Ratsbegehren kann man zugutehalten, dass diese Möglichkeit nicht selten ein Gemeindeparlament entspannt, wenn es über einen längeren Zeitraum nicht zu einer tragfähigen Entscheidung kommt oder wenn Entscheidungen getroffen werden sollen, die erhebliche Auswirkungen auf die Menschen vor Ort oder die grundsätzliche Gestaltung der Stadt haben.

Da wird ein Ratsbegehren zu einer demokratischen Geste, die die Wählenden als Souverän anerkennt.

Im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung zum geplanten Bau zweier Hochhäuser in München scheint es mehr als geboten, diese Entscheidung den Bürgerinnen und Bürgern vorzulegen. Umso mehr, als in dem Bürgerentscheid aus dem Jahr 2004 entschieden wurde, die Höhe von Hochhäusern in München zu begrenzen. Solch eine Entscheidung gilt grundsätzlich ohne Verfallsdatum. Die Bürgerentscheidung ist ein starkes Votum. Dennoch ist es legitim, gerade nach einiger Zeit, diese Entscheidung durch den Souverän überprüfen zu lassen und gegebenenfalls damit zu bestärken oder eben auch zu verändern.

Die Diskussion darum, zwei scheinbar unvereinbare Entscheidungen zur Abstimmung zu stellen, ist nur auf den ersten Blick widersprüchlich. So könnte zum einen eine grundsätzliche Entscheidung über eine mögliche Höhenbegrenzung von Hochhäusern

im Stadtgebiet getroffen werden und gleichzeitig könnte mittels Bürgervotum auch eine Ausnahme davon zugestimmt werden. Wichtig dabei – wie auch bei jedem anderen Verfahren – ist eine faire und umfassende Diskussion, bei der alle relevanten Fakten auf den Tisch kommen und Zeit für Diskussion und Austausch bleibt.

Besonders zukunftsweisend ist hier eine Verknüpfung mit zuvor stattgefundenen Teilnahmeverfahren, die per se einen beratenden Charakter haben. Die Beratungsfunktion der Teilnehmenden und die Entscheidungskraft der Abstimmenden zu verbinden, kann zu einer befriedenden Entscheidung führen. Denn Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Weisheit zu vertrauen, ist das Gebot der Stunde.

Susanne Socher, Politikwissenschaftlerin und Mediatorin, Landesgeschäftsführerin in Bayern und Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie e.V., seit 2002 verantwortlich für die Beratung von Bürgerbegehren.

Zum Weiterlesen:

Bürgerbegehrensbericht 2020, Mehr Demokratie e.V., https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2020-09-28_Bu__rgerbegehrensbericht_Web.pdf

Bürgerbegehren HochhausSTOP in Vorbereitung

Die Münchner Bürger/innen sind gefragt

WOLFGANG CZISCH

2004, nach der umkämpften Genehmigung der Twin-Towers in Schwabing und des O₂-Hochhauses am Georg-Brauchle-Ring in Moosach, kam der erste Vorstoß zum Bau von Hochhäusern in Neuhausen. Damals sollten an der Wilhelm-Hale-Straße in der Nähe von Schloss Nymphenburg mehrere Hochhäuser mit 120 Metern Höhe gebaut werden. Als Altoberbürgermeister Georg Kronawitter mit der Sammlung von Unterschriften für das Bürgerbegehren „Unser München“ begann, wurde von der Stadt eine Simulation mit Fesselballons in Auftrag gegeben, um die Höhe sichtbar zu machen. Planungsreferat und Öffentlichkeit ließen sich davon überzeugen, dass die Denkmalschutz-Einwände von Nymphenburg berechtigt und die Höhe als zu dominant gegenüber der Altstadt seien. Der erste Erfolg des noch gültigen Bürgerbegehrens von 2004 war also die Höhenbegrenzung auf 60 Meter (siehe [STANDPUNKTE 2./3.2019, S.18](#) „15 Jahre Bürgerentscheid Hochhäuser in München“ [↗](#)).

Der Grünwalder Investor Ralf Büschl stellte am 15. Januar 2019 seinen „Masterplan“, „Paketpost-Areal“ genannt, der Architekten Herzog & de Meuron einer geladenen Öffentlichkeit vor. Die Planung entstand in aller Stille unter Mitwirkung von Verwaltung und Stadträten. Sie lief bereits seit dem 18. November 2018. Diesmal sollen benachbart davon an der Friedenheimer Brücke zwei Hochhäuser mit 155 Metern errichtet werden, um ein „Zeichen für die Moderne“ zu setzen. Weder ein Ratsbegehren zur Aufhebung des entgegenstehenden Bürgerentscheids von 2004 noch der sonst obligatorische ‚Städtebauliche Wettbewerb‘ für eine solche Aufstellungsaufgabe wurde für notwendig gehalten. Die prominenten Architekten sollten allein überzeugen.

Dritte Hochhausstudie

Kurz darauf veröffentlichte das Planungsreferat den Entwurf der 3. Hochhausstudie, in der, ohne Begründung für ihre Notwendigkeit, weitere Flächen für Hochhäuser im Stadtgebiet ausgewiesen werden, das sind Hochhauserwartungsgebiete.

Das Münchner Forum war alarmiert. Gespräche mit Oberbürgermeister Dieter Reiter, den Stadtratsfraktionen der Grünen, der SPD und der CSU bestätigten, dass der Bürgerwille von 2004 nicht mehr beachtet werden sollte um der „Modernität“ willen.

In drei Ausstellungen mit Podiumsdiskussionen stellte der Arbeitskreis ‚Stadt: Gestalt und Lebensraum‘ des Münchner Forums die unterschiedlichen Haltungen zur Diskussion (siehe Beitrag von Dieter Klein S. 24).

Braucht München Hochhäuser als Stadtzeichen?

Die Behauptung von Stadtbaurätin Prof. Merk, Hochhäuser seien ganz normale Häuser, ist offenkun-

dig falsch, auch sie weiß, dass in Hochhäusern keine bezahlbaren Wohnungen entstehen. Sie müsste auch wissen, dass Hochhäuser kein Beitrag zu den gegenwärtigen Herausforderungen sind. Die einzige Begründung, München brauche Hochhäuser als „Stadtzeichen“, um modern zu sein, ist längst überholt.

„Vielleicht wird es Zeit, dass man das auch mal sein lässt!“

Zur Funktion von Hochhäusern in der Stadtentwicklung heute schreibt die Hamburger Stadtforscherin Monika Grubbauer: „Geben solche Projekte in irgendeiner Weise Versprechen für die Zukunft? Es ist zu bezweifeln, dass sie neue Wege eröffnen, neue Perspektiven auf die Stadt zeigen. (...) Man kann es nicht anders sagen: Das Hochhaus ist ein Symbol der Vergangenheit, ein Gebäudetypus des 19. Jahrhunderts. Aber vielleicht wird es Zeit, dass man das auch mal sein lässt.“ (Quelle: Spiegel vom 28.11.2021)

Die aktuelle Herausforderung für München

Wie kann München seinen unabdingbar notwendigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und den im Klimaschutzgesetz verankerten Forderungen nachkommen und dennoch den erwarteten Zuzug und die dadurch notwendige Verdichtung zu einem Gewinn für die Stadt machen, die ihre Identität und Qualität stärkt, Grünflächen erweitert, die Stadtbelüftung fördert und den Verkehr zukunftsfähig umbaut,

- ohne ihre Identität aufzugeben,
- ohne ihre Qualitäten zu verlieren,
- ohne Grünflächen zu reduzieren,
- ohne die Stadtbelüftung zu beeinträchtigen und
- ohne die Verkehrswende zu blockieren?

Schaut man auf München, auf sein Potenzial, seine Schönheit, seine landschaftliche Einbettung, seine Möglichkeiten sich zu wandeln und den Bedürfnis-

sen anzupassen, sieht man, dass München sehr viele Möglichkeiten hat, sich weiterzuentwickeln.

Eine Bebauung mit mäßigen First- und Traufhöhen an den Hauptstraßen außerhalb der Kernstadt sowie Aufstockungen ermöglichen hohe Dichten, ohne die Belüftung zu behindern. Sie fördern den öffentlichen Raum für die Gesellschaft. Infrastruktur und ÖPNV sind dort vorhanden. Diese fördern auch den öffentlichen Raum der Gesellschaft.

Die Alpen mit ihren vorgelagerten Wäldern sorgen für nächtliche Abkühlung. Über das Gefälle der eiszeitlichen Schotterterrassen fließt quellfrisches Wasser in Isar, Würm und im Hachinger Bach in die Stadt und bringt ersehnte Kühlung an heißen Tagen. Die Stadtbaumeister waren wohlbedachte Landschaftsplaner, wie Sckell, Linné etc., sie schufen den Englischen Garten entlang der Isar, sie entwickelten die Stadt von Süden nach Norden wie auch die Maxvorstadt und nutzten damit diese idealen landschaftlichen Bedingungen für die Stadtentwicklung.

Was nicht funktioniert

Verdichtung an willkürlichen Standorten mit Hochhäusern zu erreichen, erscheint als eine unbrauchbare Methode. Hochhäuser sind nicht platzsparend, sie schaffen keine nutzbaren Freiflächen. Im Gegenteil: Sie versiegeln zusätzlich die vorhandenen, sie sind unökologisch, schaffen unangenehme Aufenthalts-

räume im Freien, sie sind zu teuer, um bezahlbaren Wohnraum zu generieren, behindern die Belüftung, verstärken Verkehrsprobleme und sie beschädigen das geliebte Stadtbild.

Der Arbeitskreis ‚Stadt: Gestalt und Lebensraum‘ des Münchner Forums hat sich seit 2020 intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt, nachzulesen in den STANDPUNKTEN. Offenbar aber ist der beabsichtigte Bruch in der Stadtentwicklung nur noch über einen erneuten Bürgerentscheid zu verhindern. Deshalb haben sich verantwortungsbewusste Bürger außerhalb des Münchner Forums aus allen gesellschaftlichen Gruppen, Initiativen, Parteien und Fachleuten zusammengeschlossen und den HochhausSTOP e.V. gegründet.



Logo des Vereins HochhausSTOP

Wolfgang Czisch, Politologe M.A., war von 1973 bis 1996 Mitglied im Münchner Stadtrat, von 1984 bis 1996 Korreferent des Referats für Stadtplanung und Bauordnung in München und von 1999 bis 2012 Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums. Er leitet den Arbeitskreis ‚Isar‘ und bis 2021 leitete er den Arbeitskreis ‚Stadt: Gestalt und Lebensraum‘ des Münchner Forums.

Hochhausplanungen in München „München von oben herab“

DIETER KLEIN

Die Hochhausplanung für den Standort nahe der Friedenheimer Brücke neben der Paketposthalle war Auslöser für eine von Dieter Klein und Robert Hölzl kuratierte Ausstellung unter dem Titel „München von oben herab“. Sie wurde zunächst im Nymphenburger Geranienhaus gezeigt und im Oktober von ca. 1.500 Besuchern sehr interessiert aufgenommen, wie die rund 170 Eintragungen in unserem Gästebuch zeigen. Zu sehen war die Ausstellung im Nymphenburger Schloßareal vom 7. bis 21. Oktober 2021, dann im Fürstenrieder Bürgersaal vom 21. Januar bis zum 2. Februar 2022 und schließlich in der Sendlinger Kulturschmiede vom 11. bis 21. April 2022.

Die Meinungen, ob die Stadtbilder durch weithin sichtbare Hochbauten gestört oder gar verbessert werden, gehen weit auseinander. Investoren und „Stararchitekten“ vertreten in dieser Beziehung natürlich nicht die gleiche Meinung wie die Stadtbild-, Natur- oder Denkmalschützer. Viel zu wenig beachtet wird bei vielen Genehmigungsmaßnahmen, in welchem Maße Hochhäuser ihrer näheren Umgebung Licht, Sonne und damit Lebensqualität wegnehmen.

Bemerkenswert scheint, dass sich unter den vielen

Ausstellungs-Besuchern in Nymphenburg nur 4 (!) fanden, die diese vorgestellten Hochhäuser bzw. deren aktuelle Planungen vehement verteidigten (leider nur verbal und nicht schriftlich geäußert – eindeutig eine Minderheitenmeinung).

Interessant sind diesbezüglich die Ergebnisse des von der Stadt (und nicht etwa vom Bauwerber selber bezahlten!) in Auftrag gegebenen „Bürgergutachten“. Warum wurden die Ergebnisse erst nach mehrmonatiger „Bearbeitung“, unterstützt durch „Gutach-

ter des Planungsreferates“ (!) und erst nach einem Vierteljahr Mitte Februar veröffentlicht? Sie stehen in deutlichem Gegensatz zu den Besucher-Meinungs-

allerdings, wer diese „favorisierten Entwürfe“ auswählen darf (zu finden unter dem Link <https://www.nonconform.io/obersendling/> ↗).



QUELLE © FRANZISKA KOHL

Die Ausstellung in Fürstenried

äußerungen während unserer beiden Ausstellungen und versuchen den Eindruck größter Zustimmung zu vermitteln. (siehe dazu die Stellungnahme der Projektgruppe „Bürgergutachten“ auf S. 13) Wurden da etwa kritische Stimmen unter den Bürgergutachtern nachträglich durch „Fachleute“ erst „auf Reihe gebracht“? Wieso wurden erst 100, dann 120 Bürgergutachter bestellt? Am Schluss waren es noch 112, davon haben vier der Veröffentlichung ihrer Namen im Gutachten widersprochen (aus welchen Gründen auch immer...).

Um mehrere aktuelle Beispiele im Münchner Südwesten erweitert, wanderte die Ausstellung im Januar 2022 in den Bürgersaal Fürstenried auf Anregung des ehemaligen Bezirksausschuttsvorsitzenden Hans Bauer. Diese Folgeausstellung stand jetzt unter einem neuen Titel: „Schöne Aussichten – wollen wir das?“ Durch die inzwischen verschärften Corona-Bestimmungen bedingt, hielten sich die Besucherzahlen mit insgesamt etwa 300 Besuchern in Grenzen.

Ein Zitat von Stadtbaurätin Elisabeth Merk bezüglich einer Neustrukturierung des Areals im „Gewerbeband Obersendling“ verdient besondere Aufmerksamkeit: dort wurde „ein mehrtägiger kooperativer Workshop anstelle eines städtebaulichen Wettbewerbs durchgeführt. Dieses anspruchsvolle Verfahren ermöglichte die beste Lösung aus mehreren favorisierten Entwürfen zusammenzuführen – eine besondere Methode, die wir durchaus wieder einsetzen sollen“. Nicht erwähnt ist

Abschließend einige vielleicht nützliche Zitate aus der Eigen-Werbung einer Werbeagentur (Hendricks & Schwartz), die sich auf eine Umsetzungsorientierte strategische Beratung im Bereich Politik und „Kommunikationsstrategien gegenüber Politik und Verwaltung“ spezialisiert hat, „um [...] Planungs- und Genehmigungsprozesse zu erleichtern“.

Dazu werden „Dialogformate“ erarbeitet, um „Akzeptanz für Ihr Vorhaben bei der Kommunalpolitik und bei der betroffenen Öffentlichkeit herzustellen“. Nützlich scheinen auch die Angebote „moderne Beteiligungskonzepte (zu konzipieren), um Widerstände zu kanalisieren und konfliktfrei aufzulösen“. Nützlich wohl auch die Entwicklung von „Kampagnen, damit Ihr Vorhaben (also das Anliegen der Investoren) im Rahmen von direktdemokratischen Entscheidungsverfahren erfolgreich ist“ (<https://hendricks-schwartz.com/> ↗).

Sollten auch Sie eine GmbH & Co KG gründen wollen, dann brauchen sie nur 25.000 Euro Stammkapital (davon muss aber auch nur die Hälfte einbezahlt werden). Im Schadensfall haften Sie als Gründer nicht mit Ihrem Privatvermögen, sondern nur mit dem eingelegten Stammkapital. Warum also noch länger zögern? Die 12.500 Euro sollten doch irgendwie zu beschaffen sein....



Die Ausstellung in der Sendlinger Kulturschmiede, links Dieter Klein, Mitte Robert Hölzl

QUELLE © DETLEV STRÄTER

Dr. Dieter Klein ist Kunsthistoriker und lebt in München und Wien. Er ist Programmausschuss-Mitglied im Münchner Forum.

Ernst Dill Gedächtnisweg – Erfahrungen mit der Kommunalpolitik

Die Folgen der Einflussnahme von Interessengruppen auf die Politik am Beispiel des Deutschen Alpenvereins

ERIC WETZKA, KARIN NOBS

Ich, Eric, bin weder aus dieser Stadt noch aus diesem Land. Anfangs war meine Sicht auf das deutsche politische Geschehen geprägt von Zynismus. Vielleicht hatte ich wegen des korrupten Politikgeschehens in meiner Heimat eine Abneigung dagegen. Die deutsche politische Situation betrachtete ich jedoch nicht als korrupt, sondern eher als eine Art „große Koagulation“. Meine Vorurteile wurden an dem ersten Abend entsorgt, an dem mir ein persönlicher Einblick in die Räder der deutschen Politik gewährt wurde. Und dafür war an erster Stelle der SPD-Politiker Ernst Dill verantwortlich.

Anfang August 2018 waren meine Frau Karin und ich zur Sendlinger Bezirksausschuss-Sitzung gegangen, um über das Bauvorhaben des Deutschen Alpenvereins (DAV) – ein „Bergsport und Naturschutzverband“ – zu berichten. Der Verein wollte seine bestehende Kletterhalle erneut erweitern, unsere Anfrage dazu war vom zuständigen Vorstand des

ne Mitglieder für den Natursport und den Wert des Draußen-Seins begeistern“ möchte.

In der Sitzung des Bezirksausschusses (BA) erfuhren wir von seit Jahren anhaltenden Diskussionen um die Anlage in Sendling: Der DAV durfte bereits zwei Hallen bauen und schuf so das größte Kletterzentrum Europas, obwohl an diesem Standort eigentlich gar

keine Bebauung erlaubt war. Bauanträge anderer dort ansässiger Vereine wurden konsequent abgelehnt. Es handelt sich nämlich um einen Außenbereich nach §35 Baugesetzbuch (BauGB), der im Flächennutzungsplan als Freifläche für Sport mit übergeordnetem Grünzug ausgewiesen ist. Bei der Genehmigung der letzten Erweiterung gab der einstige Vorstand der Kletteranlage schließlich zu Protokoll, dass künftig „auf jeglichen weiteren Erweiterungsbau verzichtet werde“.

Folglich ließen die beiden langjährigen Lokalpolitiker und Vorstände des Bauaus-

schusses im BA, Michael Kaiser (CSU) und Ernst Dill (SPD), den Alpenverein abblitzen. Ernst Dill verlangte vom DAV, die nicht veröffentlichten Baupläne vorzulegen. Mit seiner überzeugenden Rhetorik und unterschwelliger Ironie zeigte Ernst Dill in



QUELLE © KARIN NOBS

Die Außenanlage im Sommer 2019, angeblich nicht mehr zeitgemäß.

Trägervereins unbeantwortet geblieben. Der Vorstand wollte das Bauvorhaben offensichtlich durchdrücken, ohne seine Mitglieder einzubeziehen. Er plante, die legendäre Außenanlage mit einer Boulderhalle zuzubauen, obwohl er nach eigener Aussage „sei-

späteren BA-Sitzungen die absurde Vorgehensweise des DAV auf und verlangte, die baurechtlichen Vorschriften einzuhalten. Der gesamte BA war schnell überzeugt und lehnte das Bauvorhaben geschlossen ab. Auch die Sendlinger Bürger wehrten sich im weiteren Verlauf mit zahlreichen Anträgen gegen die Pläne des Alpenvereins, und die Lokalbaukommission plante, den Bauantrag abzulehnen.

Unser Gefühl der Erleichterung nach dieser ersten BA-Sitzung im August 2018 ist schwer zu beschreiben. Wir waren beeindruckt, wie gut dieses Gremium unter den Grundsätzen der Demokratie arbeitete. Wir konnten an der Gestaltung des Gemeinwohls partizipieren. Betreffend des Bauvorhabens sagte ich damals zu meiner Frau: „relax, the German machine is starting to work“. Ich sah das Ideal eines Politikers und sein Name war Ernst Dill.

Der Verein drückte sein Bauvorhaben mit minimalen Änderungen trotzdem durch, indem er auf höherer Ebene seinen Einfluss geltend machte (beim Stadtrat, beim „Lokalbauverein“, dem Petitionsausschuss des Bayerischen Landtages und zuletzt wohl auch beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege). Dabei wurde die Onlinepetition der verantwortlichen DAV-Sektionen für die Boulderhalle gerade einmal von 2,6 Prozent der 364.000 Mitglieder unterschrieben. Im Januar 2022 bewilligte der Stadtrat trotz leerer Haushaltskassen eine Zuwendung von knapp 3 Millionen Euro für die Halle.

Sendling blieb nicht zuletzt dank Ernst Dill standhaft. Mit Mut, Ausdauer und geschickter Taktik kämpfte er für unser Anliegen weiter, sogar gegen seinen eigenen Bürgermeister. Er hatte anscheinend eine ausgesprochene Abneigung gegen jeglichen Elitarismus, der sich auch in den Reihen des DAV breit macht.

So wurde mein Glaube an die Gesundheit der Demokratie in diesem Land beschädigt. Denn wenn Interessen- und Lobbygruppen mehr politische Macht besitzen als Bürger und integre Lokalpolitiker, wenn sie Gesetze verbiegen und Vorschriften ignorieren dürfen, dann entfernen wir uns vom Ideal einer durchwegs liberalen Demokratie.

Meine anfängliche Einschätzung des Politikbetriebes in Deutschland als unkorruptierbare „große

Koagulation“ hat sich durch das Kennenlernen von Ernst Dill zur Begeisterung gewandelt. Nach seinem Tod im Dezember 2020 scheint sie in etwas abgewandelter Form wieder am Anfangspunkt angekommen zu sein, so dass ich das Politikgeschehen jetzt eher als korruptierbares Trägheitssystem betrachte.

Ernst Dill hätte diesen Zynismus nicht geteilt. Er war ein Kämpfer für eine bessere Welt.



Am 3. Februar 2022 wurde der besonders beliebte „Schrein“ zum Teil abgerissen. Seitdem passiert nichts.

QUELLE © KARIN NOBS

Nachtrag – zum aktuellen Stand in Sachen Kletteranlage

Viele Fragen an die zuständigen Behörden bleiben unbeantwortet. Zwischen Begehung der Anlage durch das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege am 28. September 2021 und der Erteilung der Baugenehmigung durch die Lokalbaukommission (LBK) am 6. Oktober 2021 verging gerade mal eine Woche. Der Sendlinger BA hatte Anfang April 2021 einen Antrag gestellt, die Anlage unter Denkmalschutz zu stellen. Über das negative Ergebnis des Eintragungsverfahrens wurde der BA erst nach der Bürgerversammlung informiert. Eine Begründung der Ablehnung erhielt er bis heute nicht. Am 3. Februar 2022 wurde der besonders beliebte Teil, der sog. Schrein, zur Hälfte abgerissen. Seitdem ist die Außenanlage gesperrt, obwohl keine weitere Bautätigkeit stattfindet. Die ganze Geschichte im Detail: <https://www.draussen-bouldern.de/aktuell/was-bisher-geschah/>

Eric Wetzka, Papiermacher, geboren in Südafrika, dort und in Südkorea aufgewachsen.

Karin Nobs, Dipl.-Ing. Architektur, Web- und Grafikdesignerin, aufgewachsen im Münchner Umland. Beide leben seit 2006 in Sendling und haben sich über 3 Jahre für den Erhalt der Außenanlage eingesetzt.

Maiausflug 2022 des Münchner Forums – eine anregende Erfahrung

MARTIN FOCHLER

Ideales Ausflugwetter sieht anders aus; auch der Nachmittag des 1. Mai blieb nasskalt und trübe. Trotzdem kamen um 14 Uhr an der Wittelsbacher Brücke knapp dreißig Interessierte zum Maiausflug per Fahrrad entlang der Isar im Süden der Stadt zusammen, um zu sehen, zu hören und zu diskutieren. Ein von Klaus Bäumler, dem Leiter des Arbeitskreises ‚Öffentliches Grün‘, zusammengestelltes und von Franz Schiermeier gestaltetes Material- und Einladungs-Faltblatt listet auf einem A3-Bogen 14 Merk- und Brennpunkte auf und benennt die Kooperationspartner der gemeinsamen Mai-Aktion. Das Blatt hat mit seinen Abbildungen und Hinweisen auf weiterführende Literatur einen Nutzen über den Tag hinaus. Es kann hier heruntergeladen werden <https://muenchner-forum.de/traditioneller-muenchner-maiausflug-mit-dem-rad/> . Eine Restauflage der Druckfassung kann über den AK ‚Öffentliches Grün‘ bezogen werden.

Die Flusslandschaft im südlichen Stadtgebiet ist Naturraum, Sozialraum und Wirtschaftsraum zugleich. Klaus Bäumler zeigte in seinen einführenden Worten am Rande des Baldeplatzes, unter welchen Voraussetzungen die Kombination dieser Nutzungen gelingt. So nahm z.B. der 1907 genehmigte Plan der Nutzung der Wasserkraft zur Stromerzeugung Rücksicht auf die vorgefundenen räumlichen

dass sein Engagement ohne Konfliktbereitschaft nicht zu diesen Erfolgen geführt hätte.

Frau Beate Bidjanbeg, Mitglied im BA 2 und Mitwirkende in der Geschichtswerkstatt Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt, erinnerte an das große Fest, zu dem der Münchner Magistrat 1871 anlässlich der Beendigung des deutsch-französischen Krieges und der Reichsgründung die Münchner Jugend zur feierlichen Pflanzung einer „Reichsfriedenseiche“ aufgerufen hatte, die damals gepflanzte Eiche wächst heute noch ... Heute wird die Anlage durch ein auch vom Münchner Forum wiederholt erinnertes Parkpflegewerk stabilisiert, das Rückzugsräume für Pflanzen und Tiere vorsieht, aber auch vielfältige Freizeit- und Erholungsnutzungen ermöglicht. Der neue, großzügig gestaltete Kinderspielplatz, der zuvor im Schallteppich des Mittleren Rings gelegen war, konnte im Zuge dieser Planungen in die Nähe des beliebten Biergare-



QUELLE © DETLEV STRÄTER

Erster Stopp am Isarwerk III, links im Hintergrund Frau Bidjanbeg und Herr Bäumler

Gegebenheiten, ein westlicher Abzweig von der Isar zum vormaligen Großen Stadtbach blieb erhalten; für den Auer Mühlbach wird seither sein Wasser durch einen Düker unter dem Fluss auf die Ostseite der Isar bei Maria Einsiedel geführt.

Auch die Park- und Auenlandschaft der Flaucher(halb)insel wurde bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts zur Amtszeit des Bürgermeisters Jakob von Bauer und auf seine Initiative im Hinblick auf die Erholung und Vergnügungen gestaltet, eine Teilnutzung als Standort der Stadtgärtnerei stand dem nicht entgegen. Das Denkmal, das ihm – nicht der Magistrat und nicht das Königreich Bayern, sondern – seine Freunde an diesem Ort errichteten, erinnert daran,

tens verlegt werden, ebenso wurde der vorher nur halblegal nutzbare Weg direkt am Isarufer zugänglich gemacht.

Wasserwirtschaftliche Bauten sind aufwändig, bedürfen der dauernden Pflege und sind Gegenstand beständiger Sorge der öffentlichen Hand. Die Auslagerung solcher Pflichten auf Unternehmen führt, auch wenn sie, wie die Stadtwerke, im öffentlichen Auftrag wirtschaften, zu einer Verschiebung der Maßstäbe. Das Wirtschaftliche rückt in den Vordergrund und drückt den Naturschutz und die Sozialfunktion in den Hintergrund. Davon könnten, wenn sie nicht stumm wären, die Wanderfische in der Isar ein trauriges Lied singen. Die Möglichkeit, feste Wehre durch Anram-

pungen mit einer sog. rauen Sohle für Fische und Bootsfahrten überwindbar zu machen, könnte auch unfallträchtige Gefahrenstellen am Großhesseloher Wehr und am Maria-Einsiedel-Steg entschärfen. Die gefährlichen Wasserwalzen, die bei festen Wehren mit senkrechtem Wasserabfall entstehen können, sind für Unerfahrene kaum zu erkennen, was immer wieder zu tragischen Unfällen führt.



QUELLE © DETLEV STRÄTER

Wehranlage Großhesselohe (re. Klaus Bäumler)

An vielen Punkten zeigte Klaus Bäumler, dass die 1907 erteilte Genehmigung zur wirtschaftlichen Nutzung der Wasserkraft für die Elektrizitätswerke nicht nur die wirtschaftlichen Belange der Verteilung der Wassermenge zum Zweck hatte, sie bestimmte auch Ufer und Auen als Erholungsraum der wachsenden Stadt. Überraschend ist, mit welcher Klarheit und Härte bereits damals die Norm der Zugänglichkeit für Alle wirkte. Der Stadt blieb es überlassen, diese von Naturkräften und technischen Bauten geprägte Flusslandschaft durch Wegeführung, Parkpflege, Einplanung von Rast- und Gastplätzen, harten Bebauungsverboten usw. als Naturschönheit zu erhalten und der breiten Öffentlichkeit zu erschließen. Rechtliche Rahmung, Pflege durch die Öffentliche Hand und gegenseitige Rücksicht der Erholungssuchenden müssen zusammenfinden, damit die gemeinverträgliche Nutzung dieses Naturschatzes gelingen kann. Es entsteht das Problem einander ausschließender Nutzungen.

So müssen sich z.B. die traditionelle Floßfahrt, der lang eingeführte Kanusport, die Erholungssuchenden, die am Wasser plantschen wollen, die Surfer, die

auf die – natürlich oder künstlich verursachte – stehende Welle angewiesen sind, an einem schönen Sommertag gegenseitig Platz lassen. Sie können ihre Nutzungsinteressen aufeinander abstimmen, die öffentliche Hand kann ihnen dabei helfen, die Wasserwirtschaft ihrem Bedarf an Wasserführung entgegenkommen, und die Erholungssuchenden haben was zu sehen. Ihr Raumbedarf ist temporär und räumlich eng begrenzt.

In einer anderen Situation ist der Golfsport. Er verlangt große, zusammenhängende Flächen, die von anderen Nutzungen (vom Picknick über Bodenbrüter bis zum Maulwurf) freizuhalten sind. Es herrscht der Greenkeeper. Die Verpachtung eines so großen Flächenanteils für derart ausschließende Zwecke, wie es die Landeshauptstadt mit 14 ha der Talau in Thalkirchen an einen Golfclub seit fast sieben Jahrzehnten wie selbstverständlich praktiziert, verändert die Struktur der Landschaft.

Sie wird durch private Interessen strukturiert und verliert ihren Charakter als Freiraum.

Entlang der 14 Haltepunkte zeigte Klaus Bäumler in über dreistündiger und dennoch kurzweiliger Präsentation, dass diese Kette erholsamer, vergnüglicher und anregender Orte auch als Geschichte eines oft mühsamen, zähen und zur Not auch konfliktbereiten bürgerschaftlichen Engagements gelesen werden kann. Wir sehen soziale, kulturelle und ökologische Erinnerungsorte, die verpflichten, Natur, Erwerb und Sozialfunktion ins Gleichgewicht zu bringen.



Flossrutsche in die Flosslande, Ort der geplanten Surfwellen

QUELLE © DETLEV STRÄTER

Martin Fochler ist stellvertretender Leiter des Arbeitskreises ‚Öffentliches Grün‘ des Münchner Forums.

Die neuen Programmausschuss-Vorsitzenden stellen sich vor:

Auf der Jahresversammlung des Programmausschusses (PA) am 25. Oktober 2021 stand die Neuwahl der Programmausschuss-Vorsitzenden an, da die beiden bisherigen Vorsitzenden nicht zur Wiederwahl antraten. Gewählt wurden Gero Suhner zum PA-Vorsitzenden und Michael Schneider zum stellvertretenden PA-Vorsitzenden. Beide neuen Vorsitzenden stellen sich vor.

Gero Suhner, Programmausschuss-Vorsitzender

Im Oktober 2021 wurde ich mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden des Programmausschusses gewählt. Ein Amt, das ich mit Freude, aber auch Ehrfurcht angenommen habe.

Mit Freude, da mir das große Vertrauen der Mitglieder des Programmausschusses Mut macht, einen zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Zukunftsentwicklung der Landeshauptstadt München zu leisten und die Geschicke des Münchner Forums an dieser Stelle maßgeblich mitzugestalten.

Mit Ehrfurcht, da die zahlreichen Herausforderungen der Zukunft, sei es der voranschreitende Klimawandel, soziale Ungerechtigkeiten, Flucht und nun aktuell sogar die Folgen kriegerischer Zerstörung in unmittelbarer Nähe unserer Lebensrealitäten vor Augen führen, welch hohes Maß an Verantwortung Stadtentwicklung von allen seinen Beteiligten fordert.

Insbesondere, und dafür setzt sich das Münchner Forum bereits seit Jahrzehnten vorbildlich ein, wenn Stadtentwicklung partizipativ und mitgestaltend, also ko-kreativ stattfinden soll.

Als stark wachsende Millionenmetropole wird sich München Herausforderungen stellen müssen, die im Spannungsfeld zahlreicher Zielkonflikte nachhaltiger Stadtentwicklung entstehen können. Diese ko-kreativ zu lösen, erfordert neben einer Nachhaltigkeitsstrategie sowie einer dialogorientierten Planungskultur eben die vielfältigen Impulse einer dialogbereiten und informierten Zivilgesellschaft.

Impulse, die das Münchner Forum in seiner mehr als 50-jährigen Geschichte immer wieder zu geben bereit war und die, aufgrund des Blicks von außen, auch für die verantwortlichen Planenden der Stadt München stets wertvolle Anregungen darstellten, um modischen Paradigmen der Planung, wie beispielsweise jenen der autogerechten oder der neoliberalen Stadt, zukunftsorientiert Paroli zu bieten.

Ohne das ehrenamtliche Engagement der vielen Aktiven im Münchner Forum, in den Arbeitskreisen, den Projektgruppen, den Redaktionen, im Programmausschuss oder im Verein, wäre München um viele wertvolle Anregungen ärmer.

Diesen „Spirit“ gemeinsam in die Zukunft zu tragen, mit den Erfahrungen der Älteren und der Ungeduld der Jüngeren, dafür stehe ich mit meiner Person, in dieser Position und mit Ihnen!

Lassen Sie uns zusammen mit meinem stellvertretenden Vorsitzenden, Michael Schneider, mehr Ko-Kreation wagen und im Sinne einer dialogorientierten Planungskultur gemeinsam zu einer lebenswerten, gerechten oder einfach nachhaltigen Stadt München beitragen!

Ich grüße Sie herzlich,

Gero Suhner

Vorsitzender des Programmausschusses



QUELLE © IMAGINPHOTO GÉRARD PLEYNET

Michael Schneider, stellvertretender Programmausschuss-Vorsitzender

Gedanken zu „Die Zukunft war früher auch besser“ (Karl Valentin)

Verklären wir die Vergangenheit, wenn wir annehmen, dass in ihr die Zukunft positiver gesehen wurde als heute? Was ist das Gegenteil von Entwicklung? Verwicklung? Abwicklung? Wie erzählen wir Stadtentwicklung? Kurzfassung: geldgeile Investoren kaufen die halbe Münchner Innenstadt, ein paar Restflächen unterfallen noch der Sozialgerechten Bodennutzung, der Rest durchgen-trifiziert und nachverdichtet, mit ideenloser Investorenarchitektur unansehnlich gemacht, verdorben, dazwischen streift ein Rudel Hochhäuser als Preistreiber für den Bodenwert, Verlust der Heimat, leere Opernwohnungen, kalte Betten, begehbare Anlagedepots, Londoner Verhältnisse? Was macht es mit uns, wenn wir uns diese Geschichte erzählen? Beflügelt es uns? Lähmt es uns? Macht es, dass wir sehnsuchtsvoll zurückblicken? Was hätte aus München werden können, wenn wir mit unserem heutigen Wissen um die Entwicklung damals gehandelt hätten? Hätten wir anders gehandelt? Hätten wir überhaupt gehandelt? Kontrafaktische Geschichte, gibt es kontrafaktische Stadtentwicklung? Traditionsinseln, so nannte man ein paar hübsch restaurierte Stücke alter Stadt nach den Verheerungen des Krieges – flüchten wir uns in unseren mentalen Landkarten auf Traditionsinseln? Wie einsam ist es dort? Kann gestern besser werden? Wird gestern immer besser, je starrer unser Blick wird, mit dem wir zurückschauen? Welchen Sinn hat das? Werden wir starsinnig? Ist Verhindern gestalten? Oder ist es umgekehrt? Wenn die Bedrohungen wachsen: ist Verhindern gestalten, wenn es die Räume verteidigt, in denen im Morgen, in einer anderen Zeit gestaltet werden kann? Was ist die größere Weltflucht: Optimismus oder Pessimismus? Lähmt die duale Weltsicht das Denken: groß-klein, oben-unten, arm-reich, gut-schlecht, falsch-richtig, weiß-schwarz? Gibt es eine triale Weltsicht: Ort-Unort-Nichtort? Sind die Grenzen des Wachstums in München erreicht? Kann wachsen auch bedeuten, reifer zu werden? Können wir an München wachsen? Wollen wir das versuchen? Auch gemeinsam?

1976: in München geboren

2003: Magister Artium, Politikwissenschaft

2004-2011: Lehr- und Wunderjahre

2011-2014: Studium an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern (FHVR) in Hof, Dipl.-Verwaltungswirt (FH)

seit 2014: Landratsamt München, seit 2018 im Fachbereich Mobilität und verkehrliche Infrastruktur



QUELLE © PRIVAT

Friedrich Mager 1928-2022

Die Gründung des Vereins „Münchner Forum“ mitten im Umbruchsjahr 1968 zählt sicher zu den erstaunlichsten Projekten des Münchner Oberbürgermeisters Hans-Jochen Vogel.



QUELLE © PRIVAT

Gemeinsam mit seinem Stadtentwicklungsreferenten Hubert Abreß handelte er nach dem amerikanischen Motto „If you can't beat the system, join it“. Von heute aus liegt es noch klarer auf der Hand als damals: Der plötzlich aufgekommene Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung, die Forderung nach einer weniger Pkw-fixierten Verkehrspolitik, überhaupt das verstärkte politische Selbstbewusstsein vor allem der Münchner Innenstadtrandgebiete markierte einen historischen Einschnitt. Die gewaltige Wiederaufbauleistung nach den Zerstörungen des zweiten Weltkriegs war abgeschlossen.

In der Maxvorstadt und im Lehel formulierten die Leute ihren Protest gegen neue Bürobauten und Straßenverbreiterungen.

Schon davor hatten sich Architekten wie Karl Klühspies, Teodor Henzler und Helmut Schöner zu einem „münchner bauforum“ zusammengetan, das eine neue Stadtentwicklungspolitik forderte.

Auch die Münchner Zeitungen griffen ein und schimpften zum Beispiel auf das schwarze Loch unter dem Prinz-Carl-Palais.

Schöne, manchmal schwierige, diskussionsfreudige Zeiten für die Münchner Kommunalpolitik. Das Forum bestand aus

zwei Teilen: dem Verein und dem Programmausschuss. In letzterem wirkte Friedrich Mager als Vorsitzender zehn Jahre von 1972 bis 1982; ein routinierter Moderator mit viel beruflicher Erfahrung aus der SZ und dem Bildungsprogramm des Bayerischen Fernsehens.

Er war ein prominenter Vertreter dessen, was man heute Zivilgesellschaft nennt. Schon 1967 hatte er mit Ulrich Spinnarke einen Bestseller „Was wollen die Studenten?“ verfasst, sich im Bayerischen Elternverband engagiert und sich für die Cimbern, eine bayerische Sprachinsel im Veronesischen, interessiert.

Mit seiner Frau Irmgard, der langjährigen Münchner Stadträtin, kümmerte er sich im Ortsverein der SPD um die Zukunft der Gartenstadt Solln.

Im Programmausschuss war ich 1986 einer seiner Nachfolger. Er war mit seinem bayerischen Charme und seiner Umsicht mein Vorbild.

Friedrich Mager ist am 15. April 2022, fast vierundneunzigjährig, verstorben. Das Münchner Forum hat ihm viel zu verdanken und gedenkt seiner voller Respekt und Anerkennung!

Florian Sattler

Prof. Dr. Karl Ganser 1937-2022

Am 21. April 2022 verstarb Karl Ganser im Alter von 84 Jahren. Während seiner Tätigkeit im Münchner Stadtentwicklungsamt und seiner Lehre am Geographischen Institut der Technischen Universität München (TUM) hat Karl Ganser die Entstehung des Münchner Forums seit 1968 überzeugend unterstützt und inhaltlich begleitet.

Karl Ganser war 1967 bis 1971 einer der engsten Mitarbeiter von Dr. Hubert Abreß, dem Leiter des damaligen Stadtentwicklungsreferats der Landeshauptstadt. Er hatte wesentlichen Anteil an der schrittweisen Abkehr der Münchner Stadtentwicklung von der autogerechten Stadt hin zur ‚Erhaltenden Stadterneuerung‘, besonders im Bereich des Altstadtrings und der Innenstadtrandgebiete.

Als Stadt- und Sozialgeograph war er überzeugt, dass Stadterneuerung nur mit Beteiligung der Bürger und unter Mitwirkung bürgerschaftlich engagierter Fachleute möglich ist. So unterstützte er den Aufbau des Münchner Forums und regte mich im Städtebaulichen Aufbaustudium der TUM zu einer Abschlussarbeit über „Demokratische Stadterneuerung. Partizipationsmodelle zur Stadterneuerung im Münchner Lehel“ an (1971). Die Debatten im Lehel zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung haben – wie OB Vogel sagte – als „Hefe“ in der Stadtplanung dauerhaft nachgewirkt

1971 ging Karl Ganser nach Bonn, übernahm die Leitung des Instituts für Landeskunde und übertrug diese in die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, heute Teil des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung. Von 1980 bis 1989 leitete er im NRW-Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung die Abteilung Städtebau und hatte von 1989 bis 2000 die Geschäftsführung der Internationalen Bauausstellung Emscher Park inne. Hier setzte er international anerkannte Impulse zur Transformation der altindustriellen Landschaft zwischen Rhein und Ruhr, zum Erhalt von Industriedenkmalern und zur Neudefinition von Kultur und Landschaft.

Gansers soziale Überzeugungen und seine praktische Umsetzungskraft haben viele Schüler und Mitstreiter in der Stadt- und Regionalplanung geprägt. Bewunderungswert ist, wie er auch nach seinem beruflichen Wirken – trotz nachlassender Kräfte – an den Fachdebatten ganz Deutschlands prägend teilhatte.

Martin Fürstenberg

Forum aktuell auf LORA 92,4 UKW

Zum Nachhören:

Sendung 04/2022:

München – eine gerechte und sichere Stadt für alle

Neben den Möglichkeiten, die das Leben in einer Großstadt bietet, gibt es auch Schattenseiten – vor allem für Mädchen und junge Frauen. Ihr Alltag ist teilweise geprägt von Angst und Unsicherheit, wie die Studie „Safe in the City?“ von Plan International Deutschland zur gefühlten Sicherheit von Mädchen und Frauen in Großstädten gezeigt hat. Von den auf der „Safer Cities Map“ markierten Orten wurden 80 Prozent als unsicher und nur 20 Prozent als sicher bewertet.

Damit fühlen sich Mädchen und Frauen aus deutschen Großstädten, u.a. München, nicht sicherer als die in den Hauptstädten von Peru, Uganda oder Indien.

Wir sehen also: Es besteht akuter Handlungsbedarf!

Boris Gorelik und Franziska Kohl vom Münchner Forum sprechen deshalb mit zwei Genderplanning Expertinnen. Dr. Anke Schröder, die verantwortlich für das Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit im LKA Niedersachsen ist, und Gabriele Nuß, die stellvertretende Leiterin der Gleichstellungsstelle für Frauen in München, berichten von aktuellen Projekten und Chancen, um das Sicherheitsgefühl zu verbessern, sowie von Grenzen in der Planung.

Diese und weitere Sendungen zum Nachhören finden Sie auf <http://muenchner-forum.de/im-radio/> 

Termine der kommenden Sendungen in 2022: 13.6., 11.7., 8.8., 12.9., 10.10., 14.11. und 12.12. jeweils 19:00 Uhr



Unsere beliebte Spaziergangsreihe startet wieder. Von Mai bis Oktober 2022 gibt es ein abwechslungsreiches und interessantes Programm. Hier können Sie das gesamte Programm vorab sichten: https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2022/05/Flyer-2022_20220503.pdf 

Lärm und Hitze oder Ruhe und Grün – Exkursion Schwanthalerhöhe/Westend Freitag, 20. Mai 2022, 16 Uhr

Wenn wir durchs Stadtviertel gehen, bekommen wir mit allen Sinnen Eindrücke, wo wir sind, wie wir uns fühlen, ob das ein guter, ein gesunder und ein lebenswerter Ort ist. Unsere besondere Aufmerksamkeit lenken wir auf das, was unsere Ohren uns über die Welt verraten. Außerdem befragen wir ein Schallpegelmessgerät, wie laut es ist. Wir erfahren viel darüber, wie Geräusche, Grün und eine natürliche Umgebung auf uns wirken, und diskutieren, wie wir unsere städtische Umwelt verbessern können.

Gunhild Preuß-Bayer und Maria Ernst (eine Veranstaltung des AK ‚Gesunde lebenswerte Stadt‘, eine Kooperation von Gesundheitsladen München e.V. und Münchner Forum e.V.)



QUELLE © GUNHILD PREUSS-BAYER, MARIA ERNST

*Treffpunkt: Georg-Freundorfer-Platz, U-Bahausgang U5/ U4
Schwanthalerhöhe*

*Bitte beachten Sie die aktuellen Hygiene-Regeln
Kostenlos, Anmeldung nötig, begrenzte Teilnehmerzahl
Anmeldung bis 19. Mai, 18 Uhr, über Telefon 089/ 1891 3720
oder E-Mail: tag-gegen-laerm@gl-m.de* 

Werksviertel – vormals der Gewerbehinterhof des Ostbahnhofs

Sonntag, 22. Mai 2022, 14 Uhr,

Zwei Jahrzehnte lang bestimmte eine kunterbunte Disco- und Party-Zwischennutzung diese 39 ha große Ecke in Berg am Laim, nachdem die Knödelfabrik Pfanni nach Ostdeutschland umgesiedelt wurde. Jetzt ist dort alles eine große Baustelle, und bisher wurde mittendrin nicht nur sinnbildlich ein großes Rad gedreht, um in absehbarer Zeit ein ganz besonderes neues URBANES GEBIET erlebbar machen zu können: Als kultureller Orts-Magnet soll(te) das neue Konzertsaal-Gebäude für die Musiker*innen des BR-Symphonieorchesters gebaut werden. Aber nun ist von absehbar steigenden Baukosten bis zu einer Milliarde Euro die Rede..



QUELLE © HUIFANG LIU

Herbert Gerhard Schön, Münchner Forum

*Treffpunkt: 14:00 Uhr, Orleansplatz am langen Brunnen
Dauer: 2 bis 3 Stunden*

Von Giesing nach Giesing

Sonntag, 5. Juni 2022, 15 Uhr

Die vormals eigenständige Gemeinde Giesing verändert sich, wie sich ganz München verändert – vom Arbeiterviertel zu ... ja was eigentlich, zum In-Viertel, zum zentralen, komfortablen Wohngebiet, zum Standort für Unternehmenszentralen, zum grünen Quartier. Bei aller Veränderung bleibt Giesing doch etwas Besonderes mit Löwen (TSV 1860), einem Stachus, einer grünen Spitze, Geschichte und Geschichten.

Die Route geht entlang einiger Orte der Veränderung wie u.a. Weißenseepark, Pöllat-Pavillion, Scharfreiterplatz und McGraw-Kaserne.



QUELLE © WIKIMEDIA COMMONS, SANDOR BORDAS

Marco Hölzel, Münchner Forum

*Treffpunkt: Tegernseerplatz
Dauer: ca. 2 Stunden*

Rund um das Großmarktgelände

Freitag, 10. Juni 2022, 17 Uhr

Der Bau der Großmarkthalle, die 1912 eröffnet wurde, steht in direktem Zusammenhang mit den Bestrebungen der Stadtverwaltung, Ende des 19. Jahrhunderts München zu einer ‚gesunden Stadt‘ umzubauen. Für die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln wurde südlich des Vieh- und Schlachthofs ein umfangreicher Umschlagplatz für Lebensmittel eingerichtet, der an das Eisenbahnnetz angeschlossen war. In den 1920er Jahren wurde München zum Hauptumschlagplatz für den Handel mit Südfrüchten in Europa. Die Hallen entsprachen damals den modernsten Standards.

Erweiterungen entstanden durch ein Kontorhaus 1926/27 und einem weiteren in den 1950er Jahren nach den Kriegszerstörungen. 2019 hat der Stadtrat beschlossen, eine neue Halle durch den privaten Investor ‚Umschlagzentrum Großmarkt München‘ errichten zu lassen. Durch die Neuplanung werden nicht nur die teils denkmalgeschützten Hallen,



QUELLE © FRANZ SCHIERMEIER VERLAG MÜNCHEN

sondern auch große Grundstücksflächen in Nähe des Gotzinger Platzes neu nutzbar. Das umliegende Viertel wird sich somit verändern. Wie, bleibt noch zu diskutieren.

Franz Schiermeier, Münchner Forum

Treffpunkt: Klohäuschen an der Thalkirchner Str. 8 |

Dauer: ca. 2 Stunden

Arbeitskreise im Mai/Juni

Sie haben Lust, etwas für München zu tun? Unsere Arbeitskreise stehen Ihnen offen. Eine E-Mail an info@muenchner-forum.de  genügt.

Arbeitskreis ‚Attraktiver Nahverkehr‘

Leitung: Berthold Maier, Matthias Hintzen
nächstes Treffen: Do. 30. Juni, 18:30 Uhr,
per Videokonferenz

Arbeitskreis ‚Schienenverkehr‘

Leitung: Dr. Wolfgang Beyer, Prof. Dr. Wolfgang Hesse
nächstes Treffen: Do. xx. Juni, 18:00 Uhr,
per Videokonferenz

IMPRESSUM

STANDPUNKTE

ISSN 1861-3004

Münchner Forum – Diskussionsforum für Entwicklungsfragen e.V.

Schellingstr. 65, 80799 München

fon 089/282076, fax 089/2805532

email: info@muenchner-forum.de 

www.muenchner-forum.de 

www.facebook.com/muenchnerforum 

Vi.S.d.P.: Dr. Detlev Sträter

Redaktion: Klaus Bäuml, Caroline Klotz, Dr. Georg Kronawitter, Dr. Michaela Schier, Dr. Detlev Sträter

Layout: Caroline Klotz

Endredaktion: Dr. Detlev Sträter

Redaktionsschluss: 26.04.2022

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffenen Themen. Der Inhalt dieses Magazins entspricht nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß mit Quellenangabe zitieren. Auch können Sie gerne auf Ihrer Homepage Links auf STANDPUNKTE-Ausgaben setzen. Dabei sind technisch auch einzelne Seiten adressierbar, indem Sie an die Endung .pdf direktes folgendes Anhängen: #page=XX (Seitenzahl).

Ob und in welcher Form in den Beiträgen eine gendergerechte Sprache verwendet wird, überlassen wir der Gestaltungsfreiheit der Autorinnen und Autoren.

Sollten Sie unsere STANDPUNKTE jemandem zukommen lassen oder nicht mehr erhalten wollen, genügt eine E-Mail an:

info@muenchner-forum.de 

Über uns

Seit über 50 Jahren beteiligt sich das Münchner Forum als Diskussionsplattform an der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Gemeinsam mit Bürger*innen, Fachleuten und Politiker*innen werden u.a. Fragen des Zusammenlebens, der Zukunft von Verkehr sowie der Gestaltung des öffentlichen Raums diskutiert und Ergebnisse in die städtischen Entscheidungsprozesse eingebracht.

Das Münchner Forum hat erfolgreich dazu beigetragen, u.a.

- mehrspurige Autobahnen bis in die Innenstadt zu verhindern,
- die Isar als neues Naherholungsgebiet zu renaturieren,
- die Tram und ihr Netz zu erhalten und auszubauen.

Durch die rasanten Veränderungen von Stadt und Region wird unser bürgerschaftliches Engagement auch in Zukunft wichtig sein, denn wir Alle sind München. Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns über jede Mitarbeit und Unterstützung!

Machen Sie mit und bleiben Sie informiert!

Alle Möglichkeiten sich zu engagieren oder unsere Newsletter zu abonnieren, finden Sie unter:
<https://muenchner-forum.de/mitmachen/> 

Kontaktieren Sie uns

Münchner Forum * Diskussionsforum für Entwicklungsfragen e.V.
Schellingstraße 65 * 80799 München
Telefon: +49 89 282076 * Fax: +49 89 2805532
info@muenchner-forum.de * www.muenchner-forum.de

